



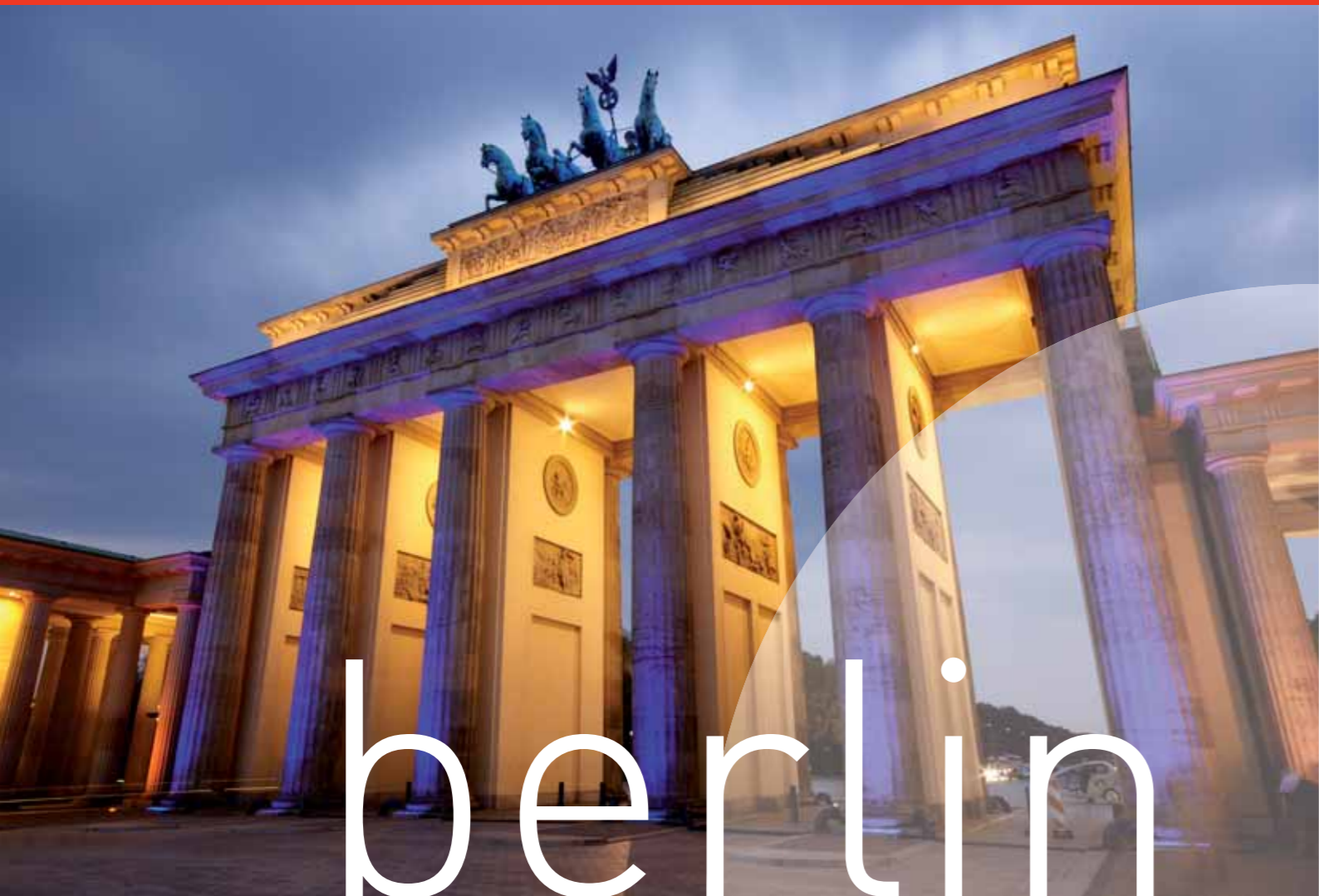
Wo wir stehen

Die Politik des Berliner Senats

Wohin wir wollen

2006 > 09





berlin

	innovatives	Wirtschaft, Wissenschaft	4–9
	chancenreiches	Bildung	10–15
	soziales	Arbeit, Zusammenleben	16–23
	kreatives	Kultur, Sport	24–29
	verlässliches	Finanzen, Sicherheit	30–35
	weltoffenes	internationale Stadt, Integration	36–41
	zukünftiges	Ausblick	42–45
Bezirke und Abgeordnetenhaus			46
Senat			47

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

unsere Welt verändert sich in rasantem Tempo. Die Informationsflut wächst, die Aufgeregtheit häufig auch. Das spürt man in Berlin wie an kaum einem anderen Ort. Umso wichtiger ist es, die vielen Einzelentscheidungen der Politik im Zusammenhang zu sehen.

2009 stehen wir in der Mitte der laufenden Wahlperiode. Die Koalition zwischen der SPD und der jetzigen Partei Die Linke trägt seit 2002 die Berliner Landesregierung. Bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 wurde die rot-rote Senatspolitik bestätigt. Wir legen Ihnen in dieser Broschüre dar, was sich zwischen 2006 und 2009 in Berlin bewegt hat. Dabei zeigt sich: Sehr vieles ist in dieser ersten Hälfte der Legislaturperiode neu angepackt oder mit neuen Akzenten weiterentwickelt worden. Und wir haben viel vor. Gerade jetzt, da es in der weltweiten Finanzkrise besonders auf eine Politik der sozialen Verantwortung ankommt.



Der Senat ist angetreten, um die Stadt voranzubringen. Das heißt vor allem, Rahmenbedingungen für eine dynamische Wirtschaft mit wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen zu gestalten, gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt in einer menschlichen Metropole und ihren Kiezen zu stärken.

Es waren erfolgreiche Jahre für die Stadt. Es ist noch lange nicht jedes Problem behoben, aber Berlin ist auf gutem Weg. Unsere Stadt ist attraktiver geworden – für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Unternehmen, Kultur, Wissenschaft und kreative Szene. Berlin hat solide gewirtschaftet und es gibt auch in der Finanzkrise neue Akzente: Der Senat setzt besonders darauf, durch Investitionen in Bildung die Perspektiven für die Kinder und Jugendlichen zu verbessern.

Herzlichst,

Ihr Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister von Berlin

the place to be.



innovatives berlin

Wirtschaft und Ideen mit Zukunft

September 2006

Baubeginn für den neuen
Hauptstadtflughafen Berlin
Brandenburg International
(BBI)

Juni 2007

Öffentliche Vorstel-
lung des Masterplans
„Wissen schafft Berlins
Zukunft“

Oktober 2007

Berliner Hochschulen
feiern Erfolge beim bundes-
weiten Exzellenzwettbe-
werb/Nobelpreis für den
Berliner Wissenschaftler
Gerhard Ertl

Februar 2008

Senat und Hochschulen
vereinbaren Masterplan
„Ausbildungsoffensive“

Oktober 2008

Vorstellung des
Klimabündnisses
Berliner Unternehmen

Dezember 2008

Senat beschließt
Gründung der Ein-
stein-Stiftung/erst-
mals Wissenschafts-
preis verliehen

2006

2007

2008

2009

Das wichtigste Projekt für die Region, das der Berliner Senat energisch vorantreibt, ist der Hauptstadtflughafen BBI. Er wird Berlins neues Tor zur Welt sein, der Wirtschaft zusätzlichen Auftrieb geben. Und der Senat setzt konsequent auf exzellente Wissenschaft und Forschung, um Berlins Stellung als innovative Technologie-Metropole auszubauen. Er fördert die enge Verknüpfung zwischen Hochschulen und Unternehmen in der Hauptstadtregion sowie eine moderne Infrastruktur.

Der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin hat wieder an Bedeutung gewonnen. Besonders wichtig sind dabei die neuen Technologien, die in fünf „Kompetenzfeldern“ gefördert werden – hoch innovativ und wachstumsstark. Aber auch in der Gesundheitswirtschaft, bei Verkehr und Mobilität, in der Kommunikations-, Medien- und Kulturwirtschaft zeigen sich Berlins Standortvorteile. Zuletzt gehörte Berlin wegen dieser Zukunftsbranchen zu den wachstumsstärksten Ländern Deutschlands. Die Innovationskraft Berlins ist gerade in der Finanzkrise der entscheidende positive Standortfaktor.

be hoch interessant ist. Außerdem bringt der Senat die Nachnutzung des Flughafens Tempelhof voran, der am 30. Oktober 2008 geschlossen wurde. Mit der Ansiedlung der Modemesse Bread & Butter konnte ein erster kraftvoller Akzent für den künftigen Kreativstandort Tempelhof gesetzt werden. Für das Gelände des Flughafens Tegel, der nach der Eröffnung von BBI geschlossen werden wird, beginnt die Arbeit an Nachnutzungskonzepten.

■ *Moderne Industrie und Arbeit*

Der Senat setzt gemeinsam mit seinen Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in der Hauptstadtregion auf den Ausbau Berlins als innovativen Hightech-Standort in fünf Kompetenzfeldern (Grafik Seite 8). Neue, hoch qualifizierte Arbeitsplätze: Das ist das Ziel. Zentrales Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist für jedes einzelne Kompetenzfeld – Biotechnologie, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie/Medien, Verkehrssystemtechnik, Optische Technologien und Energietechnik – ein eigenes Entwicklungsmanagement. Die Förderung wurde und wird auf die weitere Stärkung dieser Kompetenzfelder konzentriert. Vor allem kleinen und mittleren Unternehmen wurde außerdem der Zugang zu Förderung und Darlehen bis zu 10.000 Euro erleichtert („Mikrokredite“).

■ *Schlüsselprojekt Flughafen BBI*

Der Senat hat gemeinsam mit dem Bund und dem Land Brandenburg die Weichen für den neuen Hauptstadtflughafen Berlin Brandenburg International (BBI) gestellt. Nachdem alle rechtlichen Hürden überwunden und Planungssicherheit geschaffen wurde, konnte im September 2006 mit dem Bau begonnen werden. Ab 2011 wird hier der gesamte Flugverkehr der Region gebündelt. Geschäftsreisenden, Touristen und Unternehmen wird die Hauptstadtregion verbesserte Verbindungen in alle Welt anbieten können. Vorgesehen ist eine Startkapazität von 22 bis 25 Millionen Passagieren. Je nach Passagierentwicklung kann der Flughafen für bis zu 40 Millionen Passagiere ausgebaut werden.

Bis zu 40.000 neue Arbeitsplätze werden dadurch in der Region entstehen. Neben der Fertigstellung des Flughafens liegt ein Schwerpunkt schon jetzt auf der Entwicklung des Umfeldes im Süden der Stadt, das für Ansiedlungen neuer Wirtschaftsbetrie-

■ *Neue Wachstumsbranchen*

Angesichts der Dynamik auf den Märkten und immer kürzerer Innovationszyklen wird diese Förderstrategie seit 2006 ständig überprüft und an neue Trends angepasst. Schon jetzt boomt die Solarbranche in der Region. Bereits über ein Drittel der in Deutschland hergestellten Solarmodule wurde 2008/09 in der Hauptstadtregion produziert. Knapp 4.000 Beschäftigte sind in der Photovoltaik-Industrie tätig – Tendenz weiter steigend. Berlin und Brandenburg arbeiten eng zusammen, um die regionale Stärke – zum Beispiel auf dem Feld der Energietechnik/Photovoltaik – weiter auszubauen. Klimafreundliche Energietechnik ist eine der Schlüsselbranchen für die Zukunft. Der Senat hilft, die Wirtschaftskraft dieser Branche gezielt auszubauen und die modernen Techniken angesichts wachsender weltweiter Nachfrage international besser zu vermarkten.

Windenergie in Berlin-Pankow



Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen stellte am 21. Januar 2009 den zweiten Berliner Kulturwirtschaftsbericht vor

Solarenergie in Adlershof



VW-Chef Prof. Martin Winterkorn am 24.09.2008 bei der Präsentation des neuen „Golf“ in Berlin

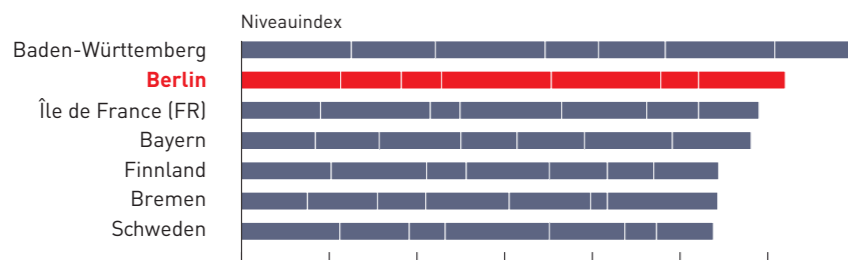
» Berlin steht für das Neue, Moderne, Lebendige!

Die wichtigsten Ansiedlungserfolge

2006
Quelle Communication Center Berlin GmbH (Gesellschaft der KarstadtQuelle-Versandgruppe) etabliert neues Kundendienstzentrum in Berlin, sichert 270 bestehende Arbeitsplätze und schafft 750 neue
Bombardier siedelt die Welt-Zentrale für seinen Unternehmensbereich Schienenverkehr, Bombardier Transportation, in Berlin an
Mobilfunkkonzern Nokia kauft Berliner Softwareunternehmen Gate 5, sichert 70 bestehende Arbeitsplätze und schafft 50 neue
Menarini Diagnostics Germany (Tochterunternehmen von Berlin-Chemie) zieht nach Berlin, um Synergien insbesondere im Bereich Pharma mit Berlin-Chemie zu begünstigen (50 zusätzliche Arbeitsplätze)
2007
Gesundheitsdienstleister Parexel (klinische Medikamententests) schafft 250 neue Arbeitsplätze
Continental : Verdoppelung der Produktionsarbeitsplätze von 100 auf 195
Deutsche Bahn : Kundenbetreuung für Bahn Card schafft 370 neue Jobs in Berlin
Core Connection : Berlin und Brandenburg siedeln gemeinsam Call Center mit 200 Jobs an
2008
Redaktion der Bild-Zeitung verlegt ihren Sitz nach Berlin (600 Arbeitsplätze)
weltgrößter Pharmakonzern Pfizer verlegt Deutschland-Zentrale nach Berlin (500 Arbeitsplätze)
Inventux startet Solarmodulproduktion in Marzahn
2009
Modemesse Bread & Butter gibt Rückkehr nach Berlin und Ansiedlung auf dem früheren Flughafen Tempelhof bekannt
Spatenstich für neue Solarfabrik von Sulfurcell in Adlershof
Suhrkamp-Verlag kündigt Wechsel von Frankfurt nach Berlin an

Quelle: Berlin Partner GmbH

Statistik der innovativsten Regionen Europas



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Partner der Wirtschaft

Der Senat hat bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode die Wirtschaftsförderung in enger Kooperation mit der Wirtschaft bei „Berlin Partner“ gebündelt. Dort arbeiten öffentliche und private Partner vertrauensvoll zusammen. Seit 2006 wurden beim Standortmarketing, in der Förder- und in der Ansiedlungspolitik weitere Verbesserungen erzielt – bis hin zur nationalen und internationalen Hauptstadtmarketing „be.Berlin“, deren Management bei Berlin Partner angesiedelt ist.

Der Senat hat Berlin Partner die Werbung und die Betreuung von Wirtschaftsansiedlungen und Investitionsvorhaben übertragen, sodass nunmehr nahezu die gesamte Bandbreite von Hauptstadtmarketing und Wirtschaftsförderung aus einer Hand koordiniert wird. Ergänzt wird die Neuordnung der Ansiedlungspolitik durch einen neuen Service für die bereits ansässigen Unternehmen, um ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Roter Teppich für Investoren

Die Neuordnung der Wirtschaftsförderung zeigt Erfolg. So konnte die Zahl der erfolgreichen Ansiedlungen, zum Beispiel im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik/Medien sowie im Bereich der Kreativwirtschaft gegenüber den Vorjahren gesteigert werden.

In den Jahren ab 2009 setzt die Berliner Ansiedlungspolitik gemeinsam mit dem Land Brandenburg einen Schwerpunkt bei der Vermarktung der Flächen in der Umgebung des neuen Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) sowie des „Flughafenkorridors“ vom Flughafenstandort Schönefeld über Adlershof, Schöneeweide, Neukölln und den Spreeraum bis hinein ins Berliner Stadtzentrum. Zusätzlich gewinnen die neuen Freiflächen an den ehemaligen Flughafenstandorten Tempelhof und (nach BBI-Eröffnung) Tegel an Bedeutung für Ansiedlungsprojekte.

Stadt der Kreativwirtschaft

Berlin trägt seit 2006 den von den Vereinten Nationen verliehenen Titel „City of Design“. Die Stadt ist heute Anziehungspunkt für Kreative und Künstler aus aller Welt. Und das nicht nur, weil Berlin preis-

werten Wohn- und Arbeitsraum bietet. Der Umsatz der Berliner Kulturwirtschaft ist seit dem Jahr 2000 um 25 Prozent gewachsen. Mehr als 160.000 Beschäftigte arbeiten in der Branche und erwirtschaften mehr als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Stadt. Die Wachstumsraten der Berliner Kultur-



11. Juli 2008: Start der Bauarbeiten für das BBI-Terminal

wirtschaft überstiegen bei Unternehmen und Umsätzen deutlich das Wachstum auf nationaler Ebene und in anderen Vergleichsregionen.

Um Berlins Stellung auszubauen und die Bedingungen für diesen wachsenden Zweig der Berliner Wirtschaft weiter zu verbessern, hat sich der Senat mit Unternehmen, Netzwerken und Institutionen zu einer landesweiten Initiative zur Stärkung der Kulturwirtschaft zusammengeschlossen. Mit dem Mikrokreditprogramm und dem Wagniskapital-Fonds für die Kreativwirtschaft bei der Investitionsbank Berlin (IBB) hat der Senat erste Voraussetzungen für eine schnelle Kreditvergabe geschaffen.

Ansiedlungen mit Perspektive

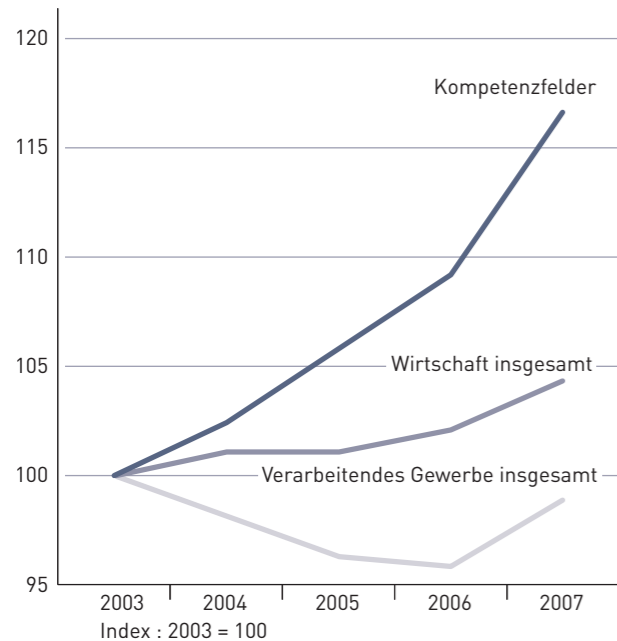
Wie sehr der Senat gemeinsam mit allen beteiligten Partnern in der Region die Rahmenbedingungen für die Kulturwirtschaft verbessern konnte, zeigt sich an Erfolgen wie der Ansiedlung der Modemesse „Bread & Butter“, dem gewachsenen Interesse der internationalen Filmbranche an Produktionen in der Medienregion Berlin-Brandenburg und dem Umzug des Suhrkamp-Verlages nach Berlin. Die Ansiedlungserfolge dokumentierten trotz Wirtschaftskrise die Anziehungskraft der Stadt und ihrer kulturellen Vielfalt für die kreativen Branchen.

Speziell die moderne, eng mit Brandenburg abgestimmte Medienpolitik unterstützt diesen Prozess. So wurde die Filmförderung systematisch erhöht. Das Medienboard Berlin-Brandenburg konnte im Jahr 2008 insgesamt rund 30 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Mit dieser Fördersumme rangiert die Region vor Bayern und nur noch knapp hinter dem finanzstarken Nordrhein-Westfalen. 284 Filmprojekte mit 1.800 Drehtagen konnten damit 2008 in der Region gefördert werden.

■ Ehrgeizige Klimaziele

Um Berlin fit für die Zukunft zu machen, setzt der Senat auf umfassenden Klimaschutz. Berlin hatte das selbst gesteckte Ziel, den Ausstoß an Kohlendioxid (CO₂) bis zum Jahr 2010 im Vergleich zu 1990 um 25 Prozent zu verringern, bereits im Jahr 2005 weitgehend erreicht. Der Senat hat sich 2008 dann im Rahmen eines umfassenden Klimaschutzprogramms weitere ehrgeizige Ziele gesetzt. Gemeinsam mit Berliner Unternehmen hat die Landesregierung ein Klimabündnis ins Leben gerufen, in dem sich alle Partner zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent bis 2020 verpflichten (gegenüber 1990). Als Mitglied im europäischen Klima-Bündnis von Städten und Gemeinden hat sich Berlin außerdem auf eine Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 festgelegt.

■ **Entwicklung der Beschäftigung**
Die Zahl der Erwerbstätigen in den vom Senat geförderten Kompetenzfeldern stieg zwischen 2003 und 2007 um 15% auf rund 145.000 Personen.



Quellen: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und Technologiestiftung Berlin

Der Senat hat frühzeitig und erfolgreich gegenüber dem Energiekonzern Vattenfall darauf gedrungen, die Erneuerung seiner Kraftwerkskapazitäten auf den unvermeidbaren Bedarf zu beschränken und möglichst umweltfreundliche Energieträger zu nutzen. Außerdem hat er mit einem klimapolitischen Arbeitsprogramm die Weichen gestellt, um die angestrebte Reduzierung des CO₂-Ausstoßes im Verantwortungsbereich des Landes zu erreichen. Dazu zählen in den nächsten Jahren umfangreiche Investitionen in die Wärmedämmung von Gebäuden („energetische Sanierung“) – auch und besonders bei öffentlichen Gebäuden. Mehr als hundert Millionen Euro sind dafür 2009/10 aus Mitteln des Bundes-Länder-Konjunkturprogramms vorgesehen.

■ Europäische Wissenschaftsmetropole

Berlin zu einer der führenden Wissenschaftsmetropolen in Europa und zur deutschen Nummer eins auszubauen, um Talente und Spitzenforschung anzuziehen: Dafür hat der Senat wichtige Weichen gestellt. Der Technologiepark Adlershof, der zu den 15 größten der Welt zählt, ist zu einem Sinnbild für die gegenseitige Befruchtung von Wissenschaft und Wirtschaft an einem Standort geworden. Die Naturwissenschaften der Humboldt-Universität tragen dazu ebenso bei wie Hunderte Unternehmen und zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus verfügt Berlin mit Freier Universität, Technischer Universität und der Charité über weitere international renommierte und forschungsstarke Einrichtungen.

In Berlin werden knapp vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit liegt die Stadt deutlich über der international verabredeten sogenannten Lissabon-Zielsetzung (drei Prozent) sowie über dem Bundesdurchschnitt – und im Ländervergleich an zweiter Stelle hinter Baden-Württemberg. (Der Bundesdurchschnitt lag im Jahr 2006 bei 2,54 Prozent, Baden-Württemberg bei 4,28 Prozent, Bayern bei 2,95 Prozent, Hessen bei 2,69 Prozent.)

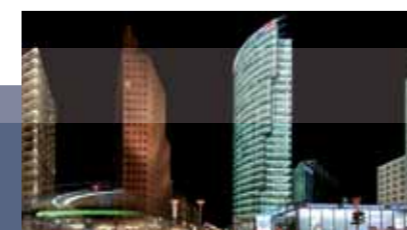
Bis 2011 kommt eine weitere halbe Milliarde Euro für Forschung und Lehre hinzu – durch den vom Senat aufgelegten Masterplan „Wissen schafft Berlins Zukunft“, durch Mittel aus der Exzellenzinitiative des Bundes, aus dem Hochschulpakt 2020 und durch die Übernahme von Berliner Instituten in die Gemeinschaftsfinanzierung von Bund und Ländern bis 2011.

■ Ausbau der Spitzenforschung

Berlin hat den Anspruch, einer der weltweit führenden Forschungsstandorte zu werden. Nach dem hervorragenden Abschneiden der Berliner Universitäten im nationalen Exzellenzwettbewerb hat der Senat nun der Wissenschaftsmetropole Berlin als Top-Adresse für Spitzenforschung einen weiteren kräftigen Impuls gegeben. So hat der Senat entschieden, von 2008 bis 2011 zusätzlich 150 Millionen Euro zu investieren. Das Programm dient der Förderung wissenschaftlicher Exzellenz in den Hochschulen sowie dem Aufbau der Ende 2008 vom Senat beschlossenen Einstein-Stiftung Berlin, die herausragende universitäre und außeruniversitäre Forschungsgebiete bündelt und Berliner Spitzenforschung international sichtbar machen soll. Dafür standen 2008 und 2009 je 35 Millionen Euro und stehen für 2010 und 2011 je 40 Millionen Euro zusätzliches Landesgeld zur Verfügung.

■ Berlin holt die Besten

Die von der Einstein-Stiftung geförderten Forschungsschwerpunkte aus den Bereichen der Medizin sowie der Geistes-, Gesellschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften bleiben in der Regie der



Potsdamer Platz bei Nacht

Pfizer Deutschland-Chef Dr. Andreas Penk anlässlich der Berliner Innovationskonferenz in Adlershof am 20. November 2008

» Berlin ist eine Metropole, die Innovationen fördert. Eine Stadt, in der Zukunft gemacht wird. Eine Stadt, die dem Appell eines berühmten Mannes folgt, der hier viele Jahre gelebt hat – der berühmte Dichter Bert Brecht. Er sagte: „Ändere die Welt – sie braucht es.“

Weitere Informationen

- Berliner Wissenschaft: www.berlin-sciences.de
- Projekt Zukunft: www.berlin.de/projektzukunft
- Business Location Center (BLC): www.businesslocationcenter.de/de/Start/seite0.jsp
- Berliner Klimaschutzpolitik: www.berlin.de/sen/umwelt/klimaschutz
- Moderne Verwaltung: www.berlin.de/verwaltungsmodernisierung

Berliner Hochschulen. Neben den Professorinnen und Professoren aus Universitäten und den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Forschungseinrichtungen sollen künftig aber auch Spitzenkräfte aus dem Ausland gemeinsam und auf gleicher Augenhöhe mit den Berlinern arbeiten – sowohl in der Forschung als auch bei der Betreuung von Studierenden.

Mit dem Zusammenschluss von Hahn-Meitner-Institut (HMI) und BESSY (Berliner Elektronenspeicherring-Gesellschaft für Synchrotronstrahlung) unter dem Dach der Helmholtz-Gemeinschaft wurde zudem die Basis für ein leistungsstarkes interdisziplinäres Zentrum der Material- und Energieforschung geschaffen. Die Charité ist deutschlandweit führend beim Einwerben privater Forschungsmittel. Das Deutsche Rheumaforschungszentrum Berlin (DRFZ) und das Museum für Naturkunde (MfN) Berlin wurden zum 1. Januar 2009 in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung der Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen.

Um Berliner Spitzenforschung national und international bekannt zu machen, hat der Senat einen neuen Preis gestiftet, den 2008 erstmals vergebenen und mit 40.000 Euro dotierten Wissenschaftspreis des Regierenden Bürgermeisters für Spitzenforschung „Made in Berlin“ sowie den mit 10.000 Euro dotierten Nachwuchspreis für Wissenschaftler oder Wissenschaftlerinnen, die nicht älter sind als 35 Jahre. Mit dieser Dotierung ist der Berliner Preis einer der bedeutendsten in Deutschland.



chancenreiches berlin

Vorrang für Bildung

August 2009

deutliche Gehaltserhöhung
für angestellte Lehrer

Dezember 2008

Senat stockt die Mittel
für die Schulsanierung auf

September 2008

Start des Pilotprojekts
Gemeinschaftsschule

Januar 2007

Letztes Kitajahr vor der
Schule wird beitragsfrei

Start der Lehrerfeuerwehr

Februar 2009

Sekundarschule
wird Zukunfts-
modell

2006

2007

2008

2009

Ein anderes Wort für Zukunftschance ist: Bildung. Schrittweise wird in Berlin die Beitragsfreiheit für die Kindertagesstätten verwirklicht, bis 2011 wird sie ab dem dritten Lebensjahr erreicht sein. Nachdem die Hauptschulen immer mehr zu Restschulen wurden, deren Absolventen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, hat der Senat die Weichen für eine grundlegende Reform der Schulstruktur gestellt. Kernpunkt ist die Abschaffung der Hauptschulen und die Einrichtung eines einzigen Schultyps neben einem starken Gymnasium – der Sekundarschule.

Ziel ist es, die Anzahl von Jugendlichen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen, merklich zu verringern und jeden Schüler und jede Schülerin zu dem bestmöglichen Abschluss zu führen. Die Rahmenbedingungen des Berliner Bildungswesens verbessern sich massiv. Dazu tragen auch die mehr als 400 Millionen Euro bei, die im Rahmen des Konjunkturprogramms 2009/10 alleine in Bauprojekte an den Kitas, Schulen und Hochschulen investiert werden.

2

Beitragsfreie Kita als Bildungseinrichtung

Berlin hat eine hervorragende Ausstattung mit Tagesbetreuungseinrichtungen. Die Hauptstadt investiert konsequenter als alle anderen Länder in die frühkindliche Bildung und die Betreuung von Kindern. In der Gruppe der unter Dreijährigen werden in Berlin fast 40 Prozent der Kinder in einer Einrichtung betreut. Der durchschnittliche, bundesweite Versorgungsgrad in dieser Altersgruppe liegt bei 15,5 Prozent. Von den älteren Kindern werden über 95 Prozent in einer Einrichtung betreut, während der Bundesdurchschnitt bei 89,8 Prozent liegt.

Das kommt den Eltern zugute, die damit in der Lage sind, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Es kommt vor allem aber den Kindern zugute. Denn in Berlin sind die Kitas Bildungseinrichtungen, mit Bildungsprogramm und Sprachlernstagebuch. Das letzte Kitajahr vor der Schule ist in Berlin schon jetzt beitragsfrei. Auch die anderen beiden Kitajah-

re sollen bis zum Ende der Legislaturperiode – also 2011 – beitragsfrei werden. Berlin wird gleichzeitig die Qualität der Einrichtungen weiter verbessern.

Fast 450 Jugendfreizeiteinrichtungen werden massiv gefördert. In der Jugendarbeit konnte durch den Abschluss dreijähriger Förderverträge mehr Planungssicherheit erreicht werden.

Bei Ganztagsangeboten vorn

Berlin belegt beim Umfang von Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten und Grundschulen im Ländervergleich den ersten Platz: Jede öffentliche Grundschule hat Ganztagsangebote. Rund 61 Prozent aller Schüler an öffentlichen Grundschulen nahmen 2007/06 Ganztagsangebote in Anspruch – Platz drei im Länderranking. Auch für die Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, ist das Angebot an Ganztagsbetreuung überdurchschnittlich hoch.

Bereits seit dem Schuljahr 2005/2006 bezuschusst das Land das Mittagessen von rund 55.000 Schülerinnen und Schülern an den rund 330 offenen Ganztagsgrundschulen, die nach 13.30 Uhr eine ergänzende Betreuung (Hort) anbieten. Das Land bezuschusst zusätzlich seit dem Schuljahr 2008/2009 das Schulessen an den 64 gebundenen Ganztagsgrundschulen. Davon profitieren rund 19.000 Schülerinnen und Schüler. Zeitgleich hat das Land Mittel bereitgestellt, damit Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos am Schulmittagessen teilnehmen können.



Kinder in der Spandauer Christian-Morgenstern-Schule

Investitionen in die Schulen

Mit Hilfe von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II werden ab 2009 viele weitere Schulen auch räumlich für den Ganztagsbetrieb mit Essensmöglichkeit ausgebaut. Der Bildungsbereich hat bei allen Maßnahmen, die der Wirtschaftskrise entgegenwirken sollen, Priorität. So hat der Senat einmalig die Mittel für die Sanierung von Schulen für 2009 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (von 32,3 Millionen auf 82,3 Millionen Euro). Hinzu kommt ein Sonderinvestitionsprogramm für Schulen mit einem Volumen von insgesamt 196 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II von Bund und Land. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur (Stichwort: neue Sekundarschule), dem Ausbau von Schulen für die Ganztagsbetreuung, neuen Einrichtungen zur Essensausgabe und der weiteren Sanierung von Schulen.

Sekundarschule: die große Reform

Ab dem Schuljahr 2010/2011 wird der Senat Haupt-, Real- und Gesamtschulen in einer neuen, integrativen Sekundarschule zusammenführen, die künftig neben dem Gymnasium steht und zu allen Schulabschlüssen führt. Diese Veränderung der Schulstruktur geht einher mit pädagogischen Reformen, die für mehr individuelle Förderung, Berufsbezug, innere Differenzierung und Durchlässigkeit sorgen und damit die Qualität des Bildungssystems weiter verbessern werden.

Elf Schulen und Schulverbände nehmen schon seit Beginn des Schuljahres 2008/2009 an der Pilotphase der Gemeinschaftsschule teil. Vier weitere Schulen und Schulverbände haben die Genehmigung, ab 2009/2010 Gemeinschaftsschule zu werden. Sie sollen zeigen, wie die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Leistungsstärken und Begabungen gelingen kann, damit alle davon profitieren.

Gute Lehrerausstattung

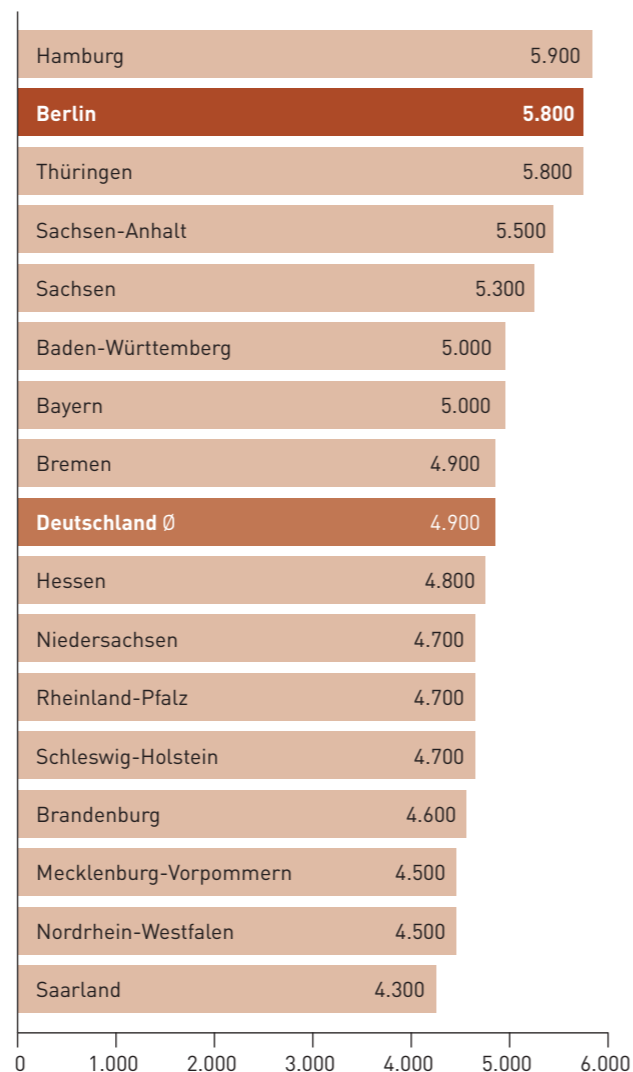
Der Senat hat die Schulen personell gestärkt – trotz rückläufiger Schülerzahlen und bei einer ohnehin guten Lehrkräfteausstattung im Vergleich mit den anderen Ländern. Die Ausgaben für Schulen sind im Doppelhaushalt 2008/2009 fast dreimal so schnell gewachsen wie der Gesamthaushalt. Die

Schüler-Lehrer-Relation liegt in der Grundschule bei 17,3 Schülerinnen und Schülern pro Lehrerin und Lehrer – in Hamburg sind es 17,9, in Bremen 18,4, im Bundesdurchschnitt 19,4. In der Sekundarstufe I (bis Klasse 10) steht Berlin mit 13,8 Schülerinnen und Schülern pro Lehrer deutlich besser da als die meisten anderen Länder. Der Bundesdurchschnitt liegt bei einer Relation von 16,1 Schülerinnen und Schülern pro Lehrerin bzw. Lehrer.

Unterrichtsversorgung erheblich verbessert

Seit Beginn der statistischen Erfassung 1998 ist in den allgemein bildenden Schulen in Berlin noch nie so wenig Unterricht ausgefallen wie im

Ausgaben pro Schüler im Ländervergleich



Personalausgaben in Euro für Schulen und Schulverwaltung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte, laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben; Ergebnisse nach Berechnung gerundet

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsausgaben je Schüler/-in 2006

Schuljahr 2007/2008: lediglich 2,3 Prozent. Mit der neu geschaffenen „Lehrerfeuerwehr“ können auch kurzfristige Engpässe besser überbrückt werden. Alle neuen Lehrerstellen werden seit dem Schuljahr 2007/2008 als volle Stellen angeboten. Alle Kolleginnen und Kollegen auf Zweidrittelstellen konnten ihr Stellenvolumen aufstocken. Zusammen mit den Neueinstellungen sind zum Schuljahr 2007/2008 insgesamt mehr als 550 Vollzeitstellen geschaffen worden.

Allein im Jahr 2008 hat Berlin Neueinstellungen auf 816 Stellen vorgenommen – allerdings nicht mehr wie früher im Beamtenstatus, sondern als Angestellte, weil damit die tatsächlichen Kosten auch sofort offenliegen und nicht spätere Generationen durch Pensionszahlungen belastet werden. Im Februar 2009 ging der Senat in die Offensive: Bis zu 1.200 Euro brutto mehr für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger und 300 zusätzliche Referendarplätze sollen die besten Lehrkräfte für Berlin gewinnen bzw. an Berlin binden.

Weniger Bürokratie, mehr soziale Hilfe

Der Senat hat die Bürokratiebelastung der Schulen spürbar verringert und will sie weiter abbauen. Mit dem Ausbau von Qualifikations-, Beratungs- und Coachingangeboten werden die Schulen unterstützt, ihre Organisation zu verbessern. 2008 wurden 58 Sozialarbeitsprojekte an den Berliner Sonderschulen gestartet. Der schrittweise Ausbau von weiteren Sozialarbeitsprojekten an beruflichen Schulen und Grundschulen erfolgt ab 2009.

Außerdem stellt das Land den Schulen seit dem Schuljahr 2008/2009 Mittel für das „Starter-Paket zum Schulanfang“ zur Verfügung. Die Einzelschule kann daraus die für den Unterricht notwendigen Materialien beschaffen und teilt sie an die Erstklässler aus, die von der Zahlung eines Eigenanteils bei Lernmitteln befreit sind.

Das Schulfach Ethik

Berlin hat als bunte, vielfältige Stadt in der schulischen Werteerziehung einen neuen Weg eingeschlagen, der auf die Verständigung über gemeinsame Werte von Christen, Juden, Muslimen sowie von Angehörigen anderer Konfessionen und Welt-



Christina Rau, die Schirmherrin des Projektes „Campus Rütli“ mit dem Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Zöllner

anschauungen abzielt. Vor diesem Hintergrund hat das Land 2006/2007 für die Klassenstufen 7 bis 10 das Fach Ethik eingeführt. Dabei blieb der freiwillige Religionsunterricht in der seit Jahrzehnten üblichen Form und mit staatlicher Finanzierung unberührt – sowohl in der Grundschule als auch in den Klassen 7 bis 10.

Offensive für Berufsausbildung

Der Senat verbessert die Ausbildungschancen der Berliner Jugendlichen. Zwar ist die Berufsausbildung zuerst Sache der Betriebe, dennoch muss das Land an vielen Stellen einspringen. Rund ein Drittel der etwa 30.000 Ausbildungsplätze werden aus öffentlichen Mitteln finanziert. Berlin finanzierte 2008 über das Bund-Länder-Sonderprogramm 2.500 zusätzliche Ausbildungsplätze. Zu den Angeboten des Landes zählt seit 2006 auch „Ausbildung in Sicht“ – ein Angebot mit 1.000 Plätzen vor allem für junge Migrantinnen und Migranten, die einer verstärkten Sprachförderung bedürfen.

Hohe Abiturquote, immer mehr Studierende

37 Prozent des Altersjahrgangs haben 2008 das Abitur abgelegt. Damit belegt Berlin bundesweit einen Spitzenplatz. Mit der Ausbildungs-offensive im Rahmen des Masterplans „Wissen schafft Berlins



Im Hörsaal der TU-Berlin

Sven Regner, Schriftsteller,
in einem Interview 2008

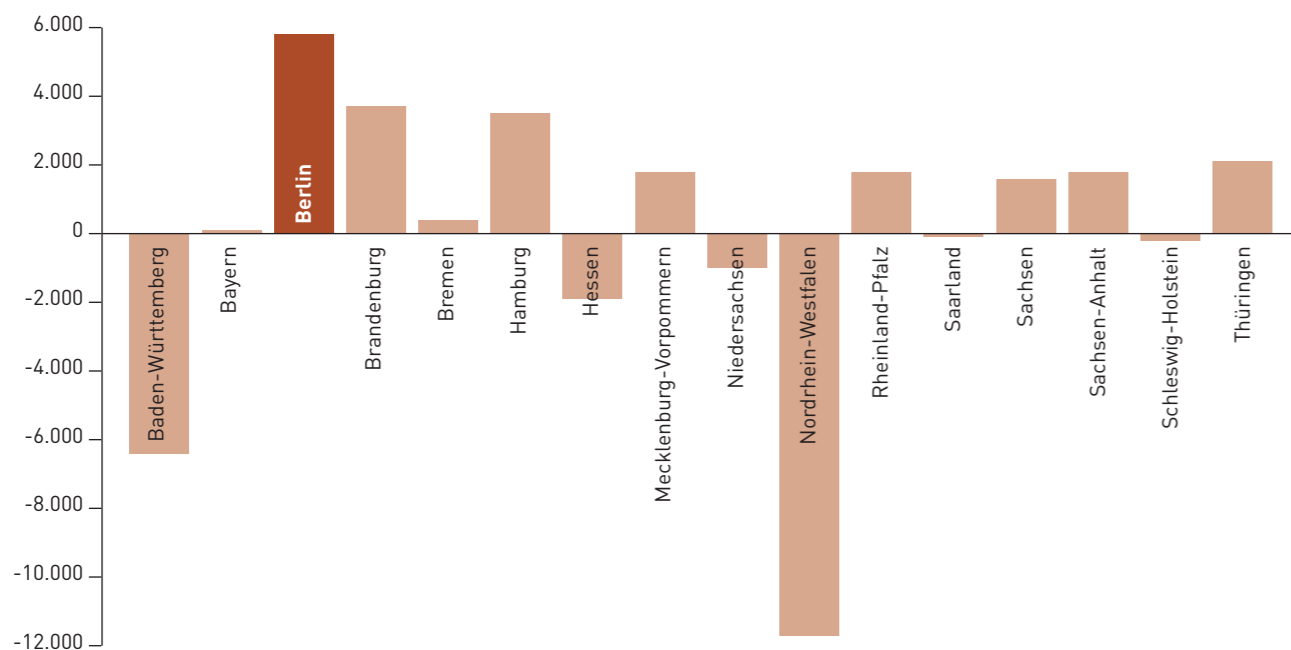
» Das fand ich immer beeindruckend an Berlin: Man kann überall gleich mitmachen. Niemand fragt: Sag mal, wo kommst du eigentlich her, was machst du eigentlich sonst so? Oder: Was hast du vor?

„Zukunft“ investiert der Senat 58 Millionen Euro zusätzlich bis 2011, erweitert damit die ohnehin schon vergleichsweise großen Kapazitäten für die Ausbildung der Studierenden und verbessert die Qualität der Lehre. Berlin baut seine Stellung als „Netto-Geberland“ für akademische Bildung weit über den eigenen Bedarf hinaus aus und wird als Studienort noch attraktiver. Berlin hatte seine Verpflichtung aus dem bundesweiten Hochschulpakt bereits im Studienjahr 2007 mit über 22.000 Studienanfängern und im Studienjahr 2008 mit rund 23.500 Studienanfängern weit überboten. Um dem erwarteten Engpass bei der bevorstehenden Pensionierungswelle an den Schulen zu begegnen, hat der Senat Anfang 2009 be-

schlossen, auf eine Kapazitätserweiterung hinzuwirken, die in Zukunft 1.000 Lehramtsabsolventen pro Jahr ermöglichen soll.

Besonders achtet Berlin auf die Gleichstellung von Frauen und Männern, die zu einem Leistungskriterium der Hochschulen geworden ist. Mit der Zahl der Professorinnen-Berufungen liegen die Hochschulen in Sachen Gleichstellung bundesweit an der Spitze. Während im Bundesgebiet insgesamt nur jede siebte Professur von einer Frau wahrgenommen wird, ist es in Berlin jede fünfte. Seit 2006 liegt der Anteil der neu berufenen Frauen bei 40 Prozent.

■ Erfüllung der Verpflichtungen zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger im Rahmen des Hochschulpakts 2020 in den Jahren 2007 und 2008



Quelle: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Politik-Check des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – INSM, vorgestellt im Mai 2008

» Berlin punktet durch eine weit überdurchschnittliche Reform- und Innovationstätigkeit im Schulsystem und gehört zu einer Spitzengruppe der Bundesländer Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. Die Schulpolitiker im Senat haben die Reformagenda der Bildungsexperten vollständig bearbeitet.



Weitere Informationen
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung: www.berlin.de/sen/bwf



soziales berlin

Fair, gerecht
und solidarisch

Februar 2007

Senat beschließt
„Netzwerk Kinderschutz“

April 2007

Grundsatzrede des
Regierenden Bürger-
meisters zum demo-
grafischen Wandel

Dezember 2007

Berufung des Berliner
Familienbeirats

Januar 2008

Start der Umweltzone
Berliner Nichtraucher-
schutzgesetz tritt in Kraft

Januar 2009

Einführung des
„berlinpass“

Dezember 2008

5.138 Menschen
arbeiten im
öffentlichen
Beschäftigungs-
sektor (ÖBS)

2006

2007

2008

2009

Zentrales Ziel der Senatspolitik ist es, die soziale Balance in der Stadt aufrechtzuerhalten, den Zusammenhalt zu verbessern und Selbsthilfekräfte in den Kiezen zu stärken. Gerade in Zeiten von Zuwanderung und demografischem Wandel (weniger Jüngere, mehr Ältere) gilt es, Spaltungstendenzen in der Gesellschaft entgegenzutreten, wie sie in großen Metropolen weltweit zu beobachten sind. In Berlin gibt es dazu vielfältige Senatsinitiativen, vom Quartiersmanagement bis hin zu konkreten Angeboten wie dem „berlinpass“.

Sozial ist eine Stadt, wenn allen die Chance gegeben wird, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Die wichtigste Voraussetzung dazu bleibt, von eigener Arbeit leben zu können. Angesichts niedriger Einkommen vieler Berlinerinnen und Berliner und einer immer noch zu hohen Arbeitslosigkeit kommt es aber auch darauf an, dass der Senat diejenigen gezielt unterstützt, die Hilfe der Gemeinschaft brauchen. Gerade in Zeiten, in denen die Finanzkrise sich auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt auswirkt.

3

Deutlicher Zuwachs an Jobs

Auf dem regionalen Arbeitsmarkt sind die Folgen von Krieg und jahrzehntelanger Spaltung der Stadt noch deutlich spürbar. Nach der Abwanderung großer Firmen aus dem Westteil Berlins während der deutschen Teilung und dem tief greifenden Strukturwandel der 90er Jahre, bei dem vor allem in der Industrie beider Teile der Stadt Hunderttausende Jobs verloren gingen, konnte Berlin aber in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielen.

Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen hier noch immer höher als in den meisten anderen Ländern. Aber der starke Zuwachs bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze gibt Anlass zur Hoffnung. Im Jahr 2008 wuchs die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um mehr als 33.000 auf über 1,6 Millionen. Berlin liegt mit dieser Steigerung von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich über dem Bundesdurchschnitt (1,5 Prozent).

Es ist noch viel zu tun, um die historischen Belastungen zu überwinden. Das Wichtigste ist, dass die vielen Langzeitarbeitslosen und ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger wieder eine Perspektive erhalten. Gemäß dem Leitsatz „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ liegt eine besondere Verantwortung darin, Arbeitslose zu unterstützen, ihre Fertigkeiten durch Weiterbildung auszubauen.

Geförderte Beschäftigung und Mindestlohn

Einen Schwerpunkt der Berliner Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose bildet der „Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor“ (ÖBS). Hier schafft der Senat gemeinnützige Arbeitsplätze. Die Beschäftigten im ÖBS fördern das Gemeinschaftsleben im Kiez und zwischen den Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft, begleiten Ältere und Menschen mit Behinderungen und arbeiten in kleinen Kulturinitiativen. Seit Beginn der Legislaturperiode (2006) sind bis Dezember 2008 schon gut 5.000 Stellen entstanden und ihre Zahl soll weiter wachsen.

Wichtig ist: Die Beschäftigten im ÖBS können von ihrer Arbeit leben. Sie erhalten mindestens 1.300 Euro monatlich – finanziert aus Mitteln des Landes und aus den Arbeitsförderprogrammen des Bundes. Das entspricht einem Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro und damit der Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes, wie ihn das Land Berlin auch auf Bundesebene fordert.

Starke Quartiere, gutes Zusammenleben

Um den Zusammenhalt im Kiez zu stärken, fördert der Senat 25 Stadtteilzentren mit vielfältigen Bildungs- und Kulturangeboten für alle Generationen. Der Stadtteilzentrenvertrag wurde Ende 2007 für den Zeitraum bis 2010 verlängert und schafft so verlässliche Rahmenbedingungen für das soziale Miteinander. Mit dem „Quartiersmanagement“ in über 30 Kiezen fördert der Senat gezielt benachteiligte Quartiere. Mit Unterstützung von EU-Mitteln werden wichtige Anstöße für die Entwicklung im Quartier gegeben.

Gemeinsinn und Verantwortungsbewusstsein, bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung

werden nachhaltig gefördert, indem die Aktiven im Quartier direkt über öffentliche Mittel verfügen können, um damit eigene Projekte zu verwirklichen. Lokale Zentren werden gestärkt, die Schulen öffnen sich der Nachbarschaft, Eltern engagieren sich gemeinsam im Quartier. Das Quartiersmanagement kann 2009 auf zehn Jahre Erfahrungen zurückblicken – eine Erfolgsgeschichte.

■ **Bezahlbarer Wohnraum**

Arm und Reich, Alt und Jung sollen miteinander in ihrem Kiez leben, nicht getrennt voneinander in abgeschotteten Wohnvierteln. Dazu ist es notwendig, in allen Stadtregionen bezahlbaren Wohnraum auch für Menschen mit geringem Einkommen bereitzustellen. Die regelmäßige Veröffentlichung von Mietspiegeln sorgt für Transparenz des Preisniveaus und bietet damit den Mieterinnen und Mietern ein Stück Schutz vor Mietwucher. Um den Wohnungsmarkt im Sinne der Mieterinnen und Mieter mitzugestalten und die Mietsteigerungen in der Stadt abzdämpfen, hat der Senat entschieden, rund 270.000 Wohnungen im kommunalen Wohnungsbestand zu halten. Das entspricht einem Marktanteil von knapp 15 Prozent.

Darüber hinaus setzt sich der Senat dafür ein, Empfängern von Arbeitslosengeld II Umzüge aus Kostengründen zu ersparen. Zum 1. März 2009 hat der Senat angesichts steigender Mieten die akzeptierten Höchstwerte bei Einpersonenhaushalten heraufgesetzt. Auch für größere Wohnungen wertet der Senat die Entwicklung der Mieten aus und prüft, ob die Richtwerte noch angemessen sind oder angehoben werden müssen.

■ **Bundesweit Vorreiter: der „berlinpass“**

Seit Januar 2009 gibt es in Berlin den „berlinpass“. Mit dem Pass bekommen Bürgerinnen und Bürger, die Arbeitslosengeld II (Hartz IV), Sozialhilfe, Grundsicherungsrente oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Kultur, Sport und Freizeit. Mit dem „berlinpass“ erhalten sie jetzt auch die vergünstigte Monatskarte im Nahverkehr von BVG und S-Bahn. Mit diesem bundesweit einmaligen Angebot ist Berlin Vorreiter für eine solidarische Stadt, die auch ihre Kultur- und Freizeitangebote für alle Menschen öffnet.

■ **Mobilität für alle**

Eine große Herausforderung für jede Metropole besteht darin, Mobilität für alle zu gewährleisten – möglichst ohne Staus auf den Straßen, zugleich aber den gesamten Verkehr so umweltfreundlich wie möglich zu organisieren. Berlin verfügt über einen sehr guten öffentlichen Nahverkehr, mit dem sich nahezu jedes Ziel in der Stadt auch ohne Auto erreichen lässt. Der Senat betrachtet dies als Teil der unverzichtbaren öffentlichen Daseinsvorsorge und fördert das Angebot von Bussen und Bahnen auf dauerhaft hohem Niveau. 2007 wurde dazu ein neuer Verkehrsvertrag mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) abgeschlossen, der bis 2020 gilt und einen verlässlichen Rahmen für die Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs schafft. Das Sozialticket, das Seniorenticket und auch das Geschwisterticket bei der Schülerbeförderung stehen für eine sozial sensible Fahrpreisgestaltung.

Ein Zeichen des Erfolgs: Im Gegensatz zu anderen Großstädten ist die Motorisierungsrate in Berlin inzwischen sogar leicht rückläufig. Viele Menschen sind auf Busse, Bahnen und Fahrräder umgestiegen. Der Senat fördert umweltfreundliche Mobilität neben einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr durch den Ausbau des Radverkehrsnetzes.

■ **Intakte Lebensadern**

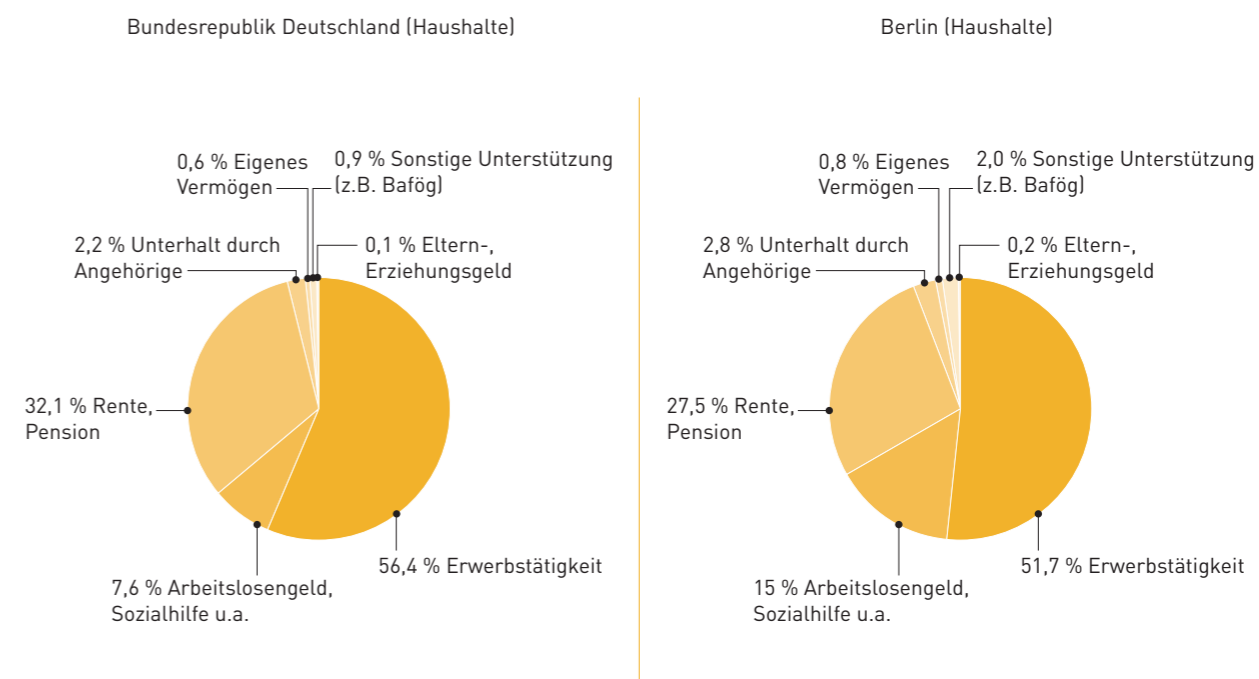
Trotz angespannter Haushaltslage investierte Berlin seit 2005 vermehrt in den Unterhalt der Straßen. Große Baumaßnahmen für die Infrastruktur wurden in den vergangenen Jahren erfolgreich beendet oder neu in Angriff genommen. So wurde die Autobahn A 113 zum neuen Flughafen BBI im Mai 2008 fertig und der Neubau der Spandauer-Dammbrücke 2008 begonnen – fertig wird sie 2011. Die Verlängerung der Autobahn A 100 bis zum Treptower Park und der Lückenschluss der U-Bahn-Linie 5 zwischen Pariser Platz und Alexanderplatz werden vorbereitet.

■ **Umweltzone für saubere Luft**

Um die Belastung mit gefährlichem Feinstaub und Stickstoffdioxid zu verringern, hat Berlin zum 1. Januar 2008 als erste deutsche Großstadt eine Umweltzone eingerichtet. Damit gelten innerhalb des S-Bahn-Rings verschärfte Abgasbestimmungen für



■ **Einkommen in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland**



Quelle: Mikrozensus 2007/Statistisches Bundesamt und Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Prof. H.-Erich Wichmann, Helmholtz-Zentrum München

» Umweltzonen können für die menschliche Gesundheit weit mehr nützen, als sich aus den routinemäßigen Feinstaubmessungen ablesen lässt. Sie sind umso effektiver, je stringenter sie die Hauptübeltäter aus der Stadt heraus halten, und dies sind Diesel-Pkws und Diesel-Lkws ohne Partikelfilter.

alle Autos – gleichzeitig aber in der Startphase auch Ausnahme- und Übergangsregelungen für Gewerbe- und Nutzfahrzeuge. Die Umweltzone zeigt bereits Wirkung: Im Fahrzeugbestand ist die Zahl der Autos mit hohem Schadstoffausstoß um etwa 60 Prozent zurückgegangen, bei Nutzfahrzeugen um rund 30 Prozent. Ab 2010 werden die Abgasbestimmungen weiter verschärft, um die Luftqualität weiter zu verbessern.

■ Geschlechtergerechtes Berlin

Mit der Verabschiedung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms 2008 hat der Senat eine inhaltliche und strategische Neuausrichtung der Gleichstellungspolitik in Berlin vorgenommen.



Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Knake-Werner, stellt eine Kampagne zur Gleichstellung Homosexueller vor.

Schwerpunkt bilden die Politikfelder Bildung, existenzsichernde Beschäftigung, demografischer Wan-

del, soziale Gerechtigkeit und Integration. Zur Konkretisierung des Programms werden im Laufe des Jahres 2009 Masterpläne der Senatsverwaltungen und der Bezirke entwickelt.

■ Stadt für alle Generationen

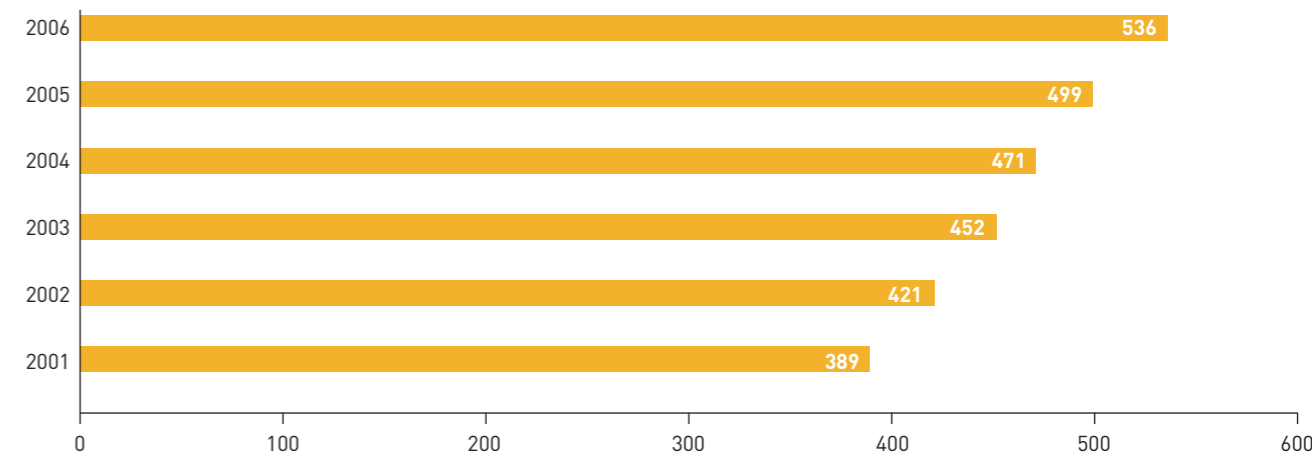
Immer mehr Menschen leben immer länger. Gleichzeitig ist in Berlin Platz für ganz unterschiedliche familiäre Lebensmodelle: Kinder wachsen mit einem Elternteil, mit beiden Eltern oder in Familien auf, in denen Partner und Kinder erst vor kurzem zusammengewachsen sind. Frauen und Männer stehen in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften zu einander und erziehen Kinder. Aktive Senioren engagieren sich als 'Ersatz-Großeltern'. Und in vielen Familien bestimmt die Sorge um einen kranken oder pflegebedürftigen Angehörigen den Alltag. Um allen ein würdevolles Leben zu ermöglichen, die im Alter auf Hilfe und Pflege angewiesen sind, werden seniorenrechtliche und neue generationenübergreifende Wohnmodelle gefördert.

Der Senat will Berlin noch familienfreundlicher gestalten und das Miteinander der Generationen stärken. 2008 hat er einen Beirat für Familienfragen eingesetzt, der eine Diskussion in der Stadt vorantreiben und bis 2010 einen ersten Familienbericht mit konkreten Vorschlägen erarbeiten soll. Berlin hat außerdem 2006 als erstes Bundesland ein Seniorenmitwirkungsgesetz in Kraft gesetzt.

■ Qualität der Pflege

Um die Qualität der Pflegeeinrichtungen zu erhöhen, hat der Senat 2007 einen Runden Tisch eingerichtet und eine Transparenzoffensive gestartet. Transparenz bedeutet, dass die Berliner Pflegeheime freiwillig Auskünfte über die Pflegequalität ihrer Häuser geben. Ziel ist es, dass Betroffene und ihre

■ Zahl der Stiftungen in Berlin



Quelle: Senatsverwaltung für Justiz, Stichtag jeweils 1. Januar

Angehörigen auf der Suche nach einer geeigneten Einrichtung die Angebote besser vergleichen können. Zugleich spornt dieser Ansatz zu besonderen Anstrengungen an, die Pflegequalität zu erhöhen, um im Vergleich zu den anderen Anbietern auf dem Markt bestehen zu können. Etwa 210 von rund 290 Pflegeheimen beteiligen sich. Damit ist Berlin auch in diesem Bereich Vorreiter.

■ Netzwerk Kinderschutz

Mit der Gründung des Netzwerkes Kinderschutz reagierte der Senat im Februar 2007 auf eine zunehmende Zahl von Meldungen über Vernachlässigung und Gewalt an kleinen Kindern. Dabei geht es darum, risikohafte Entwicklungen früher zu erkennen und schneller zu handeln. Die Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendschutzdiensten, Kinderärzten, Jugendämtern, Gesundheitsämtern, Kitas, Schulen, Gerichten und Polizei wurde intensiviert. Eine telefonische Notrufnummer ist eingerichtet, damit Kinder, Eltern und besorgte Nachbarn rund um die Uhr eine Ansprechstelle haben.

Sozialarbeiter suchen die Eltern gefährdeter Kinder auf, um durch Gespräche und praktische Hilfen rechtzeitig eingreifen zu können. Frühe Beratung nützt den Kindern, späte Strafe kann Gewalt im Nachhinein nicht mehr ungeschehen machen. Die Jugend- und Gesundheitsämter der Bezirke sind mit jeweils zwei Stellen verstärkt worden, die Hotline konnte schon im ersten Jahr in 600 Fällen dazu beitragen, dass Kinder Hilfe bekamen.



Berlin, in jedem Alter lebenswert

Im Dezember 2008 hat der Senat ein Berliner Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht, um

im Rahmen der Früherkennungsuntersuchungen die Gesundheit der Kinder zu verbessern und möglichst früh auf erste Anzeichen von Vernachlässigung reagieren zu können.

■ **Solidarische Bürgergesellschaft**

Der Senat orientiert sich am Leitbild einer Bürgerkommune und hat die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiter verbessert. Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung wurden ausgebaut, sowohl durch die Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheiden als auch durch bezirkliche Bürgerhaushalte und durch Beteiligung im Rahmen der Quartiersbeiräte und -fonds. Seit März 2007 fungiert die beim Regierenden Bürgermeister angesiedelte Senatsbeauftragte als zentrale Ansprechpartnerin für alle engagierten Bürgerinnen und Bürger.



Mobilität für alle

Sie sorgt für die Vernetzung der Akteure untereinander, gibt Impulse und unterstützt u.a. Modellprojekte mit Ausstrahlung über Berlin hinaus. Ein wichtiges Ziel des Senats ist, Berlin wieder zu einer Top-Adresse für gemeinnützige private Stiftungen zu machen. Der Senat hat das Verfahren zur Errichtung von Stiftungen vereinfacht und beschleunigt und zur Werbung für den Stiftergedanken in Kooperation mit dem Bundesverband deutscher Stiftungen den dritten Berliner Stiftungstag veranstaltet.

■ **Vorreiter bei Freiwilligen**

Berlin ist bundesweit Vorreiter bei der Öffnung der Jugendfreiwilligendienste für Migrantinnen und Migranten. Im Rahmen eines Pilotprojekts verfolgt der Senat das Ziel, Organisationen der Migrantinnen und Migranten gezielt zu eigenständigen Trägern des „Freiwilligen Sozialen Jahres“ und des „Freiwilligen Ökologischen Jahres“ zu qualifizieren, um so den Einstieg junger Menschen mit Migrationshintergrund in gesellschaftliches Engagement zu fördern.

Solche Freiwilligendienste bieten besondere Chancen, Engagement zu lernen und die eigene Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. 2009 startet Berlin mit dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft als Träger ein neues Projekt im Rahmen des bundesweiten Programms „Freiwilligendienste aller Generationen“, um bürgerschaftliches Engagement auch im Bereich von Bildung und Pflege zu fördern.

■ **Schutz der Nichtraucher**

Um den Gefahren des Passivrauchens zu begegnen, hat Berlin 2007 ein Nichtraucherschutzgesetz beschlossen. Das Rauchen in öffentlichen Gebäuden und Gaststätten ist seit 2008 weitgehend untersagt. Die Stadtgesellschaft hat sich – trotz mancher Verärgerung von Rauchern – darauf eingestellt. Die Erfahrungen zeigen: Rücksichtnahme ist möglich und zumutbar.

■ **Aktionsplan gegen Lärm**

Lärm ist in den Metropolen ein ernst zu nehmendes Umwelt- und Gesundheitsproblem. Hunderttausende sind an den Berliner Hauptverkehrsstraßen tagsüber und auch nachts einem Lärmpegel ausgesetzt, der als bedenklich gilt. Der Senat hat deshalb Anfang 2009 einen Aktionsplan zur Verringerung des Verkehrslärms beschlossen. Ziel ist eine möglichst stadtverträgliche Gestaltung des Verkehrs, ohne den gesellschaftlichen Anspruch an Mobilität in Frage zu stellen.

■ **Weniger Barrieren für Behinderte**

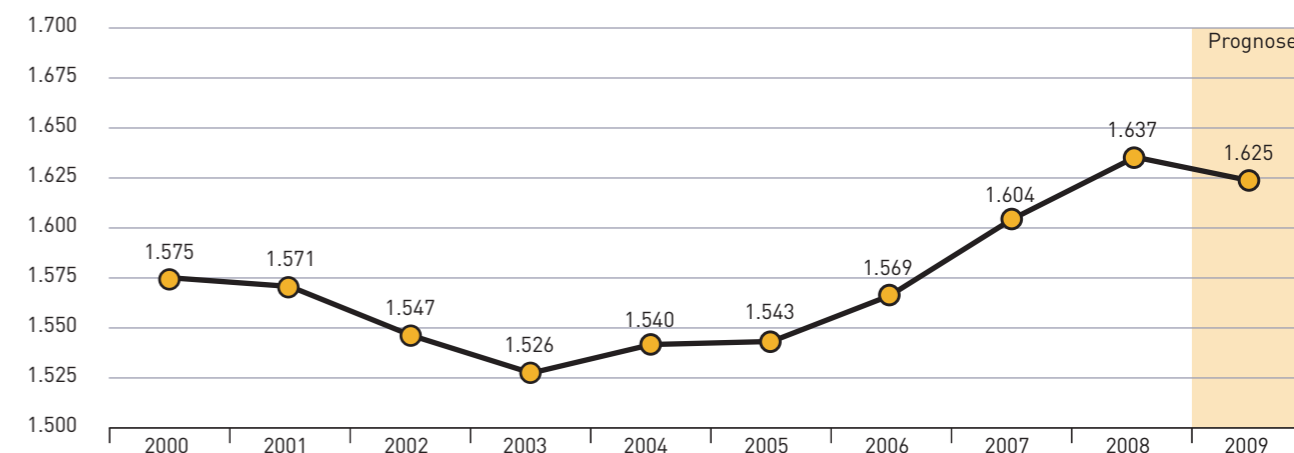
In Berlin leben 550.000 Menschen mit Behinderungen, das sind 16 Prozent der Bevölkerung. Sie sollen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen können. Der Senat setzt sich daher für eine

möglichst barrierefreie Gestaltung der Stadt ein. Mit dem „Aufzugsprogramm“ wird schrittweise die Ausstattung der Bahnhöfe mit Aufzügen, Rampen und Blindenleiteinrichtungen verwirklicht. 45 Prozent der U-Bahnhöfe sind heute bereits barrierefrei. Berlin liegt damit deutschlandweit an der Spitze. Von den 2.000 Ampeln in Berlin verfügen immerhin schon

60 Prozent über Zusatzgeräte für blinde und sehbehinderte Menschen – eine Verfünfachung in den letzten zehn Jahren. 60 Prozent der Bordsteinkanten an Kreuzungen und Einmündungen sind inzwischen abgesenkt. Insgesamt 500 Einrichtungen haben vom Senat oder den Bezirken schon das Signet „Berlin barrierefrei“ erhalten.

■ **Erwerbstätige in Berlin**

Zahl in 1.000



Quelle: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen



Jedes Jahr ein Ereignis:
Marathon in Berlin

Weitere Informationen

- „berlinpass“: www.berlin.de/berlinpass
- Barrierefreies Berlin: www.berlin.de/barrierefrei
- Quartiersmanagement: www.quartiersmanagement-berlin.de
- Wohnen im Alter: www.berlin.de/special/wohnen/alter/biwi-partner.php
- Familienbeirat: www.familienbeirat-berlin.de
- Frauen- und Gleichstellungspolitik: www.berlin.de/sen/frauen
- Umweltzone: www.berlin.de/umweltzone



kreatives berlin

Stadtkultur regt an

4

Dezember 2007

Senat rettet Friedrichstadt-
palast durch Kredite
und neue Intendanz

November 2007

Nach langen Verhandlungen
verpflichtet sich der Bund u.a.,
die 254 Millionen Euro teure
Sanierung der Staatsoper
mit 200 Millionen Euro
zu unterstützen

März 2008

Senat beschließt Konzept
„Kulturelle Bildung“ und
richtet einen Projektfonds
mit 3,5 Millionen Euro ein

November 2008

Humboldt-Forum-Jury
entscheidet sich für den
Architekten Franco Stella

Gründung der Stiftung
Berliner Mauer

Oktober 2008

Eröffnung der
Temporären Kunsthalle

Dezember 2008

Vertrag mit Armin
Petras, Intendant
des Maxim-Gorki-
Theaters, verlängert

Januar 2009

Start des Themen-
jahres 20 Jahre
Mauerfall mit
einer Vielzahl von
Gedenkveranstal-
tungen im ganzen
Jahr 2009

Die einzigartige Museenlandschaft, hochklassige Opern und Sprechtheater, nicht zuletzt eine stetig wachsende Szene der freien Kulturgruppen: All das lockt Jahr für Jahr Millionen kunstinteressierte Gäste aus dem In- und Ausland nach Berlin und schafft Zehntausende Arbeitsplätze. Berlin ist Kultur. Sie ist nicht nur Aushängeschild, sondern auch Klammer, die Geschichte und Gegenwart zusammenhält – gerade am historischen Ort Berlin, an dem Weltgeschichte so unmittelbar erlebbar wird. Das kreative Klima ist der Humus für neue Ideen, für Begegnung und Austausch. Kultur und Sport regen zum Aktivsein in unserer Gesellschaft an.

Der Senat setzt hier einen finanziellen Schwerpunkt. Berlin gibt für die Kultur jährlich über 550 Millionen Euro aus. Hinzu kommen Bundesmittel in Höhe von 340 Millionen Euro – weil Kultur in der Hauptstadt nicht nur Berliner, sondern gesamtstaatliche Angelegenheit ist. Es ist gut investiertes Geld.

Museen als Besuchermagnete

Berlin ist heute nach London und Paris – und noch vor Rom – die meistbesuchte Stadt Europas. Vier von fünf Berlinbesuchern nennen als Besuchsgrund auch den kulturellen Reichtum der Stadt. Der Senat investiert – zusätzlich zu den Aufwendungen des Bundes für die Museumsinsel oder die Staatsoper – 250 Millionen Euro in die kulturelle Infrastruktur der Stadt zur Sanierung von Opern, Theatern und Museen.

Mit dem von David Chipperfield sanierten Neuen Museum wird Berlin um ein Juwel reicher. Ab Herbst 2009 ist das Haus als Museum für Vor- und Frühgeschichte und als Ägyptisches Museum wieder eröffnet. Der Senat setzt nun einen Schwerpunkt auf den Ausbau des Stadtmuseums. Mit der Sanierung des Märkischen Museums und dem Ausbau des Marinehauses entsteht am Köllnischen Park ein auch architektonisch interessanter Museumskomplex, in dem die Stadt- und Regionalgeschichte auf moderne

Art und Weise dargestellt und das 20. Jahrhundert angemessen präsentiert wird.

Theaterstadt Berlin

In keiner europäischen Stadt gibt es so viele öffentlich geförderte Theater wie in Berlin, darunter ist mit dem Theater an der Parkaue das größte staatliche Kinder- und Jugendtheater Deutschlands. Die lebendige Berliner Theaterlandschaft mit ihren über 120 festen und freien Ensembles ist Talentschmiede und bleibt Magnet für herausragende Künstlerinnen und Künstler.

Das Deutsche Theater wurde 2008 zum Theater des Jahres gekürt. Für das traditionsreiche Haus konnte mit Ulrich Khuon einer der renommierten Intendanten aus dem deutschsprachigen Raum gewonnen werden. Der Friedrichstadtpalast, das größte Revuetheater Europas, ist unter neuer künstlerischer Leitung auf dem besten Weg zu alter Größe und neuem Glanz. Das Maxim Gorki Theater ist unter der Intendanz von Armin Petras zu einer der spannendsten Bühnen der Stadt geworden, deren Produktionen ein neues, junges Publikum begeistert. Petras hat seine Bindung an Berlin bis 2016 verlängert.

Mehr Geld für die drei Opern

Berlin unterhält mit der Staatsoper unter den Linden, der Deutschen Oper und der Komischen Oper drei Häuser von internationalem Rang. Um diese Erstklassigkeit langfristig abzusichern, wurde der Etat für die Opernstiftung um 20 Millionen Euro auf insgesamt 118 Millionen aufgestockt. Die Bundesregierung hat sich darüber hinaus nach Verhandlungen mit dem Land Berlin bereit erklärt, für die dringend notwendige Sanierung der Linden-Oper 200 von insgesamt 254 Millionen Euro bereitzustellen. Parallel sorgt der Senat für mehr Effektivität. Berlin wird erstmalig in seiner Geschichte für alle Opern eine gemeinsame Werkstatt errichten, in der auch andere Bühnen der Stadt ihre Dekorationen und Kostüme anfertigen lassen können. Das spart Geld, das der Kultur an anderer Stelle zugutekommt. Der Grundstein für die neue Zentralwerkstatt ist gelegt.

Musik, Film, Design, junge Kultur und bildende Kunst

Jährlich zeigen viele weithin beachtete Preisverleihungen, welche Bedeutung Berlin inzwischen als Ort für junge Kunst und Populärkultur hat. Nicht nur das Filmfestival Berlinale steht dafür. Bedeutend sind auch die Verleihung des Musikpreises Echo und vieler anderer Kulturpreise. Profilbildend ist nicht zuletzt die lebendige und dynamische Mode- und Designszene mit Events wie der Modewoche Fashion Week, die 2009 bereits zum vierten Mal in Folge stattfand. Und: Berlin ist zum Zentrum zeitgenössischer Kunst geworden. Davon zeugen die über 400 Galerien der Stadt, renommierte Kunstmessen wie das Art-Forum und über 5.000 bildende Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt, die in Berlin leben und arbeiten.



Internationale Filmfestspiele in Berlin

Der Senat unterstützt die junge, kreative Szene. So fördert er bildende Künstler seit vielen Jahren mit Stipendien und finanziellen Hilfen für preiswerte Ateliers. Was noch fehlt, ist ein Ort, um die in Berlin entstehende Kunst jenseits kommerzieller Zwänge präsentieren zu können. Zunächst wird die Lücke durch einen Mäzen geschlossen, der auf dem Schlossplatz den Bau der Temporären Kunsthalle ermöglicht hat. Der Senat strebt dauerhaft die Errichtung einer öffentlich geförderten Kunsthalle für die Präsentation zeitgenössischer Kunst an.

Kultur für alle

Berlin lebt als Kulturmetropole auch vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger für das kulturelle Leben ihrer Stadt. Neben spektakulären Ereignissen, wie der von den Freunden der Nationalgalerie organisierten MoMA-Ausstellung, gab und gibt es zahllose Projekte, die ohne öffentliche Unterstützung das kulturelle Leben Berlins bereichern. All diese bürgerschaftlichen Initiativen sind Ausdruck eines wachsenden Selbstbewusstseins und Engagements der Berlinerinnen und Berliner für die kulturelle Entwicklung Berlins.

Gleichzeitig stellt sich Berlin den sozialen Herausforderungen städtischer Kulturpolitik.

- Die Berliner Landesmuseen gewähren freien Eintritt für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr.
- Die öffentliche Bibliotheken stehen allen Kindern bis zum 16. Lebensjahr unentgeltlich zur Verfügung.
- Mit dem „berlinpass“ haben Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger sowie ihre Familien die Chance, das Angebot der Berliner Konzerthäuser, Theater und Opern für drei Euro pro Karte zu nutzen.
- Im Kulturbereich wurden 300 Stellen geschaffen. Die öffentlich geförderten Kulturjobs sind sozialversicherungspflichtig und bieten ein existenzsicherndes Einkommen. Vor allem kleinere Einrichtungen und Projekte können so für drei Jahre personell gestärkt werden.

Vorstoß für kulturelle Bildung

Musik, Tanz und Theater, unterschiedliche kulturelle Traditionen in einer multikulturellen Lebenswelt: Berlin hat ein Modell für die kulturelle Bildung entwickelt, das auf den Stärken der Stadt aufbaut. Es setzt auf die Verknüpfung der reichhaltigen Kulturlandschaft Berlins mit den Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen der Stadt. Der Senat hat ein ehrgeiziges Rahmenkonzept verabschiedet, das Kitas und Schulen, aber auch Theater und Museen in die Pflicht zu langfristiger Zusammenarbeit nimmt. Darüber hinaus hat der Senat für die Jahre 2008 und

Kat Frankie, australische Musikerin

Berlin macht mich zu einer besseren Musikerin, gerade wegen all dieser Gegensätze und der Erfahrungen, die ich hier mache.

2009 einen 3,5 Millionen Euro umfassenden Fonds aufgelegt, mit dem solche Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und Künstlern und Kulturschaffenden schon jetzt gefördert werden können. Die Nachfrage ist überwältigend.

Gedenkstätten als Verpflichtung

Keine andere europäische Stadt spiegelt mit ihren zahlreichen historischen Orten und Gedenkstätten das vergangene „Jahrhundert der Extreme“ so eindrucksvoll wie Berlin. Hier wurde das Menschheitsverbrechen der Shoa geplant. Die Berliner Mauer wurde zum Symbol des Kalten Krieges und der Unterdrückung durch das SED-Regime.

Die historische Verantwortung anzunehmen ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Gestaltung einer friedlichen Zukunft. Dieser Herausforderung stellt sich Berlin in vielfältiger Form. Wichtige Gedenkstätten und Museen erinnern an die Opfer der beispiellosen NS-Verbrechen, andere an den Mut von Frauen und Männern des Widerstands. Auch pflegt Berlin zahlreiche Orte, an denen der Mauer und der Opfer der SED-Diktatur gedacht wird. Die vom Bund und Berlin gemeinsam getragene Stiftung Berliner Mauer vereint seit 2008 die zentrale Gedenkstätte in der Bernauer Straße und die Gedenkstätte Notaufnahmehaus Marienfelde unter einem gemeinsamen Dach. Der Senat hat mit dem Verkehrsbetrieb BVG vereinbart, Passerelle, Treppenhaus und Bahnsteig des neuen U-Bahnhofs Brandenburger Tor zu nutzen, um über die Berliner Mauer zu informieren, an die Opfer zu erinnern und die Überwindung der deutschen Teilung zu würdigen.

Zwanzig Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution, dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 und der deutschen Vereinigung 1990 richtet die Welt ihre Augen erneut auf Berlin. Der Senat hat 2009 als Themenjahr zum Gedenken an die Ereignisse vor zwanzig Jahren initiiert und die Kulturprojekte GmbH mit

der Ausrichtung betraut. Zugleich setzt er sein 2006 beschlossenes Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer und zum Gedenken an die Opfer um. Die zentrale Gedenkstätte in der Bernauer Straße wird für 27,5 Millionen Euro erweitert und neu gestaltet. Ein Internetportal dokumentiert den Verlauf der Mauer und verweist als virtueller Geschichtspfad auf historische Ereignisse und Orte. Ein satellitengestützter Mauerguide führt Berliner und Touristen seit 2008 auf den Spuren der Berliner Mauer zu historischen Orten entlang der einstigen Grenze und zu Gedenkstätten in Berlin, die sich der Aufarbeitung von Unrecht und Unterdrückung in der DDR widmen.



Stadtleben am Boxhagener Platz



Die Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße

Engagiert gegen Ausgrenzung

In den Schulen wird die Auseinandersetzung mit der Geschichte gefördert. Ziel ist es, die nächste Generation für die Gefahren zu sensibilisieren, die von antidemokratischem Denken und Handeln ausgehen – sowie von jeder Form von Ausgrenzung, Gewalt, Rassismus und Antisemitismus. Hier geht es darum, junge Menschen für ein aktives Gedenken sowie für die Übernahme von Verantwortung für unser demokratisches Gemeinwesen zu gewinnen.

In der Nähe des Denkmals für die ermordeten Juden Europas entstand 2008 ein Gedenkort, der an den NS-Terror gegenüber Homosexuellen erinnert. Der Bau eines Mahnmals zum Gedenken an verfolgte

und ermordete Sinti und Roma wurde ebenfalls im Jahr 2008 begonnen. Aus eigener Kraft unterhält und erweitert Berlin die deutschlandweit einzige Gedenkstätte zur NS-Zwangsarbeit am authentischen Ort im ehemaligen Zwangsarbeiterlager Oberschöneweide.

Sport als Event und gelebte Kultur

Als weltoffene Gastgeber haben die Berlinerinnen und Berliner einen guten Ruf – und dass sie bei Sportevents friedlich und ausgelassen feiern können, haben 2006 und 2008 die Fanmeilen während der großen internationalen Fußballturniere bewiesen. Seit Herbst 2008 steht mit der privat finanzierten neuen O₂-Arena am Ostbahnhof eine international konkurrenzfähige Multifunktionshalle zur Verfügung, die als Spielort zweier deutscher Meister von 2008 (Alba im Basketball und Eisbären im Eishockey) bereits hohe Popularität erreicht hat. Mit den Füchsen im Handball sowie Hertha und Union im Fußball gewinnt Berlin als Heimat von Top-Vereinen immer mehr an Bedeutung.

Sport – insbesondere der Breitensport – hat jenseits der Großevents aber auch enorme soziale Effekte. Er fördert die Gesundheit und das bürgerschaftliche Engagement, hält Kinder und Jugendliche zu Gemeinsinn und Fairness an und wirkt in einer multikulturellen Gesellschaft integrativ. Auch deshalb setzt der Senat auf Erhalt und Ausbau des Sports als wichtiges Element gelebter Freizeitkultur.

Besucherzahlen der Berliner Museen und Gedenkstätten



Quelle: Der Regierende Bürgermeister
Senatskanzlei, Kulturelle Angelegenheiten

Leichtathletik-WM als Magnet

Berlin gilt nach einer internationalen Vergleichsstudie als Weltsportstadt Nummer zwei hinter Melbourne. 2009 empfängt Berlin die Elite der Leichtathletik zur Weltmeisterschaft – und das ist neben dem 20. Jahrestag des Mauerfalls im November das Berliner Top-Ereignis des Jahres. Gemeinsam mit dem Organisationskomitee hat der Senat dieses drittgrößte Sportereignis der Welt – nach olympischen Spielen und Fußball-WM – vorbereitet. Highlights wie die Fußball-WM 2006 mit dem Endspiel in Berlin, die Frauen-WM 2011 mit dem Eröffnungsspiel in Berlin, das jährliche DFB-Pokalendspiel oder der Berlin-Marathon dokumentieren die Attraktivität für den Spitzensport und transportieren die Bilder der deutschen Hauptstadt rund um den Globus.

Investitionen in Sportanlagen

Um die Qualität der öffentlichen Sportanlagen zu verbessern, hat der Senat in den Jahren 2006 bis 2008 über 30 Millionen Euro investiert, den Bezirken werden jedes Jahr noch einmal neun Millionen Euro zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt. Mindestens so wichtig ist eine andere Maßnahme: In Berlin stehen die öffentlichen Sportanlagen trotz steigender Kosten Vereinen und Sportgruppen unentgeltlich zur Verfügung.

Berlin ist stolz auf seine Bäderlandschaft. 15 Millionen Euro wurden in den Jahren 2007 und 2008 in den Erhalt aller 37 Hallenbäder investiert. Der Senat plant weitere Investitionen von bis zu 68 Millionen Euro in den Jahren 2009 bis 2012. So wird Schwimmen als eine der beliebtesten und gesündesten Breitensportarten auch in Zukunft überall in der Stadt möglich bleiben.



Sir Simon Rattle dirigiert die Berliner Philharmoniker

Wolfgang Joop, Modedesigner

» In New York ist Berlin eine Legende.

Weitere Informationen

- Bühnen im Netz: www.berlin-buehnen.de
- Portal zur Berliner Mauer: www.berlin.de/mauer
- Kreatives Berlin: www.creative-city-berlin.de
- Museumportal Berlin: www.museumportal-berlin.de
- Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 in Berlin: www.berlin2009.org
- Sportstadt Berlin: www.berlin.de/sen/sport



verlässliches berlin

Solide Finanzen, Service und Sicherheit für die Bürger

August 2007

Verkauf der Landesbank

November 2007

Hauptstadtfinanzierungsvertrag
unterzeichnet

Dezember 2007

Berlin erwirtschaftet
erstmals Haushalts-
überschuss

Dezember 2008

Neues EU-Mahn-
verfahren für ganz
Deutschland am
Amtsgericht
Wedding

zum zweiten Mal
Überschuss im
Haushalt

Januar 2009

Senat beschließt
Investitionspro-
gramm gegen die
Wirtschaftskrise

2006

2007

2008

2009

Das hatten viele der Hauptstadt nicht zugetraut: 2007 und 2008 schloss der Landeshaushalt mit Überschüssen ab, konnten erstmals Schulden zurückgezahlt werden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt jetzt zwar erneut zu einer schwierigen Haushaltslage, aber die solide Finanzpolitik bleibt auch in der Krise Markenzeichen des Berliner Senats. Der Mentalitätswechsel in einer Stadt, die sich jahrzehntelang an stetig steigende Verschuldung gewöhnt hatte, ist weit vorgekommen. Aber er muss auch immer wieder neu verteidigt werden.

Nur seriöse, verlässliche Politik schafft Vertrauen. Dazu trugen die Sanierung des Haushalts vor der Krise bei, danach das zielgerichtete Vorgehen in dieser Krise, das Investieren in die Zukunft der Stadt. Verlässliche Politik zielt außerdem darauf ab, dass die Menschen in ihrer Stadt sicher leben können, dass die Polizei gut ausgestattet ist, erfolgreich arbeitet und sich – ebenso wie die gesamte Verwaltung – als Partner der Bürgerinnen und Bürgern versteht.

Schuldenabbau und Herausforderungen

Für seine Finanzpolitik erntet der Berliner Senat bundesweit Respekt. Musste das ohnehin hoch verschuldete Land Berlin im Jahr 2001 noch gut fünf Milliarden Euro zusätzliche Schulden aufnehmen, so hat die Stadt in den Jahren bis 2007 die haushaltspolitische Wende erreicht. Rund eine Milliarde Euro Altschulden konnten seither dank Haushaltsüberschüssen abgebaut werden, sodass sich die Schuldenlast der Stadt zum Jahresende 2008 auf immer noch 59,1 Milliarden Euro reduziert hatte.

Trotz erfolgreicher Sanierung ist der Haushalt aber neuen Belastungen ausgesetzt. Die Folge ist: Berlin braucht auch weiterhin Mittel aus dem Finanzausgleich zwischen reichen und ärmeren Bundesländern, denn zum einen wirkt die Teilung der Stadt beim vergleichsweise geringen Steueraufkommen immer noch nach und zum anderen schmilzt die Förderung der ostdeutschen Länder (Solidarpakt)

Jahr für Jahr ab. Gleichzeitig läuft in Berlin der bis Ende 2009 befristete Solidarpakt im öffentlichen Dienst aus.

Im Rahmen dieser großen Solidaritätsleistung nahmen die Angestellten eine Arbeitszeitverkürzung um acht bis 12 Prozent und entsprechend verringerte Vergütung in Kauf. Für Beamtinnen und Beamte entfiel das Urlaubsgeld. Das Weihnachtsgeld wurde erheblich verringert. Die Arbeitszeit wurde auf 40 Stunden erhöht. Berlin hat ohne Entlassungen seit 2003 die jährlichen Ausgaben für Personal um rund 500 Millionen Euro gesenkt. Nach dem Auslaufen des Solidarpaktes werden Gehalt und Arbeitszeiten der Angestellten wieder auf das frühere Niveau angehoben.

Investitionen in der Krise

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise geht weder an den Berliner Unternehmen noch am Landeshaushalt spurlos vorüber. Der Senat leistet mit einer deutlichen Aufstockung der Investitionsmittel seit Anfang 2009 einen engagierten Beitrag zur Bewältigung dieser Krise. Das kostet Geld. Es ist aber sinnvoll angelegt, denn Berlin investiert vor allem in Bildung, Wissenschaft und Klimaschutz.

In einem ersten Schritt hatte der Senat aus Landesmitteln das für 2009 vorgesehene Schulsanierungsprogramm mehr als verdoppelt, um die bauliche Situation sowie die Lernbedingungen in den Schulen nachhaltig zu verbessern, den Klimaschutz durch energetische Sanierung zu fördern und damit den kleinen und mittleren Handwerksunternehmen in der Krise neue Aufträge zu verschaffen. Im Rahmen des Anfang 2009 beschlossenen Konjunkturpakets von Bund und Ländern kann Berlin bis 2011 insgesamt weitere 632 Millionen Euro in Bildung und Infrastruktur investieren.

Der Senat nimmt dabei in Kauf, dass der Landeshaushalt durch das Konjunkturprogramm und die gleichzeitig auf Bundesebene beschlossenen Steuerentlastungen zusätzlich belastet wird, was neue Schulden bewirkt. Das ändert jedoch nichts am generellen Kurs, die Ausgaben streng zu begrenzen und mittelfristig auf weiteren Schuldenabbau hinzuarbeiten.

Zukunftsimpulse 2009 – 2011

Auch für die kommenden Jahre sieht die Finanzplanung vor, die Ausgaben des Landes Berlin in engen Grenzen zu halten. Gleichzeitig steht Berlin vor der Aufgabe, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Durch seine Konsolidierungspolitik ist das Land gerüstet für die Herausforderungen, denn strukturelle Überlastungen des Haushalts – etwa durch im Ländervergleich deutlich mehr Personal – wurden reduziert. 2008 lagen die Personalausgaben je Einwohner mit 1.842 Euro niedriger als die der Stadtstaaten Bremen (1.940 Euro) und Hamburg (1.858 Euro).

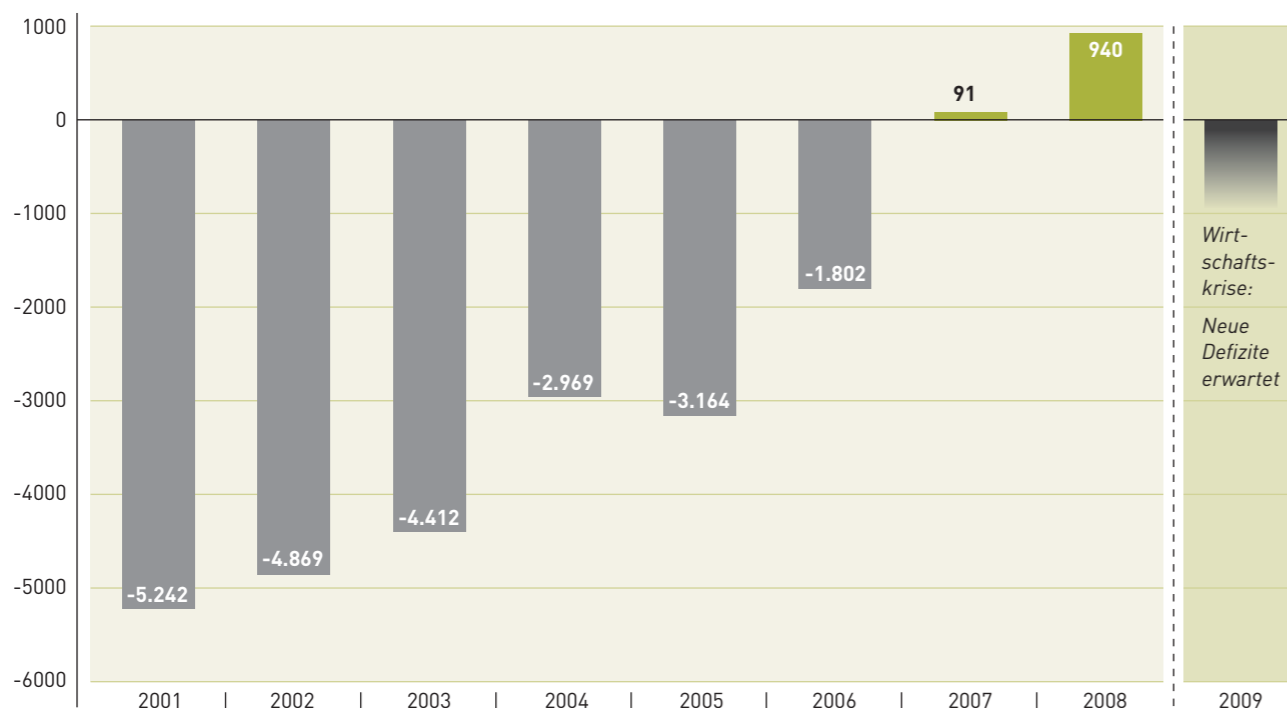
Zu den Ausgabe- und Investitionsschwerpunkten, mit denen in den Krisenzeiten nachhaltige Impulse gegeben werden, zählen die Sanierung von Schulen, Kitas und Schwimmbädern, der Ausbau der beitragsfreien Kinderbetreuung und der frühkindlichen Sprachförderung sowie die Förderung der Spitzenforschung durch die neue Einstein-Stiftung. Weitere Investitionen plant Berlin für die Jahre 2009 bis 2011 unter anderem zur Sanierung der Staatsoper und des Kongresszentrums ICC, in der Charité, im städtischen Klinikkonzern Vivantes sowie in weiteren Krankenhäusern, zum Ausbau der Krippenbe-

treuung und der Ganztagschulen sowie zahlreicher Universitätsinstitute.

Öffentliche Betriebe auf Erfolgskurs

Berlin ist nicht den Irrweg grenzenloser Privatisierung gegangen, sondern bekennt sich zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Dementsprechend hat der Senat auf eine ausgewogene Strategie zum Erhalt und zur Konsolidierung öffentlicher Unternehmen wie des Krankenhauskonzerns Vivantes, des Verkehrsbetriebs BVG, der Stadtreinigung BSR und der Wohnungsbaugesellschaften gesetzt. Die Erfolge sind auch wirtschaftlich ablesbar: Die Betriebe, an denen das Land beteiligt ist, haben ihre Ergebnisse in den Jahren 2002 bis 2007 enorm verbessert. So konnten sie 2007 mit einem Gewinn in Höhe von insgesamt 433 Millionen Euro abschließen. Dagegen hatten sie im Jahr 2002 noch mit einem Defizit in Höhe von rund 460 Millionen Euro abgeschlossen. Nach dem erfolgreichen Verkauf der Bankgesellschaft im August 2007 ist das Land noch an 52 Unternehmen privaten Rechts und acht Anstalten öffentlichen Rechts unmittelbar beteiligt, davon an 40 Gesellschaften mehrheitlich. Insgesamt wird seit 2005 ein stabiler Überschuss erwirtschaftet.

Haushaltsergebnisse seit 2001 – Defizite und Überschüsse in Millionen Euro



Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen

Risikoabschirmung für Bankgesellschaft

Nach dem Zusammenbruch der landeseigenen Bankgesellschaft im Jahr 2001 musste das Land Berlin für deren Risiken in Höhe von 21,6 Milliarden Euro garantieren. Der Senat entschied sich entsprechend den Vorgaben der Europäischen Union dafür, die Bank nach der Sanierung zu verkaufen. Ihre riskanten Immobilienfondsgeschäfte wurden in der Berliner Immobilien Holding (BIH) gebündelt und werden nach und nach abgewickelt. Die Bank selbst wurde für 4,6 Milliarden Euro an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) verkauft und der Erlös in eine Sonderrücklage gestellt. Diese wird voraussichtlich die Kosten des Landes im Zusammenhang mit der Risikoabwicklung weitgehend decken. Berlin hat hier frühzeitig aus negativen Erfahrungen gelernt, die andere Bundesländer zum Teil erst jetzt machen.

Hauptstadtfinanzierungsvertrag

Nach jahrelangen zähen Verhandlungen gelang dem Senat Ende 2007 die Einigung mit der Bundesregierung über die dauerhafte Finanzierung der hauptstadtbedingten Belastungen Berlins durch den Bund bis Ende 2017. Mit 200 Millionen Euro beteiligt sich dieser an der Sanierung der Staatsoper Unter den Linden. Zusätzlich wird die Hauptstadtkultur mit jährlich knapp 10 Millionen Euro gefördert. Für hauptstadtbedingte Sicherheitsmaßnahmen werden die Zahlungen des Bundes auf 60 Millionen Euro im Jahr erhöht, und auch für die Fertigstellung der U-Bahn-Linie 5 vom Alexanderplatz bis zum Hauptbahnhof werden Mittel bereitgestellt. Dieses Ergebnis entspricht nicht voll den Berliner Forderungen, aber der Senat sieht die Zusagen des Bundes dennoch als Erfolg.

ServiceStadt Berlin

In Kooperation mit Wirtschaft und Verbänden baut Berlin systematisch Service und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen aus. Ziel ist eine effizient, kostengünstig und vernetzt arbeitende Verwaltung, die es ermöglicht, Informationen und Leistungen möglichst aus einer Hand zu erhalten. Die Bürgerämter bieten bereits 61 Dienstleistungen an 48 Standorten an, es gilt die freie Wahl des Bürgeramtes unabhängig vom Wohnort.

Die Ordnungsämter haben sich zu zentralen Anlaufstellen für alle Bürgerinnen und Bürger entwickelt und kümmern sich um über 80 Aufgaben von den Gaststättenerlaubnissen über Lärmbeschwerden bis zur Lebensmittelüberwachung. Berlin ist als Pilotregion an der Einrichtung der einheitlichen Behördenrufnummer 115 beteiligt, mit der die Bürgerinnen und Bürger sehr viel einfacher als bisher ihre Ansprechpartner in der Verwaltung erreichen.

Das Internetangebot von Berlin.de weist Bürgerinnen und Bürgern sowie Investoren den Weg durch die Verwaltung und erleichtert die Kontaktaufnahme mit den Behörden. Bereits für über 20 Verwaltungsvorgänge ist kein persönliches Erscheinen mehr erforderlich, da diese vollständig online abgewickelt werden können. Auf „Bürgeraktiv“ werden Beteiligung und interaktiver Austausch gefördert. Mit 30 Millionen Seitenabrufen monatlich ist Berlin.de das größte Stadtportal Deutschlands und eine sich dynamisch entwickelnde E-Government-Plattform. Berlin stellt das umfassendste Informationsangebot aller deutschen Städte im Internet bereit.

Polizei als Partner der Bürger

Im Bereich der inneren Sicherheit setzt die Berliner Landesregierung gleichermaßen auf konsequente Strafverfolgung und auf die Kooperation zwischen Polizei und Bürgerinnen und Bürgern zur



Die Polizei im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern

effektiven Gewaltprävention. Konsequentes Vorgehen gegen Rechtsbrecher und ein offenes, ziviles Auftreten im Alltag der Stadt widersprechen einander nicht, im Gegenteil. Auch die im Zusammenhang mit der Einführung der blauen Uniform geplante namentliche Kennzeichnung der Polizei trägt zu mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger bei. Gleichzeitig muss auch die Zivilgesellschaft sich einmischen, wenn es darum geht, Gewalt und Kriminalität keinen Raum zu lassen.

Reformen in der Justiz

Der Senat will eine bürgernahe Justiz, die Rechtsuchenden schnell und umfassend guten Rechtsschutz gewährt. Er hat die Weichen für eine Reihe von Verbesserungen gestellt. Dazu zählt die Einrichtung von zwei weiteren Grundbuchämtern. Berlin hat seit Einführung des Europäischen Mahnverfahrens im Dezember 2008 alle EU-Mahnverfahren für ganz Deutschland am Amtsgericht Wedding konzentriert. Dieses elektronische Verfahren ermöglicht grenzüberschreitend, Zahlungsansprüche unter einheitlichen Bedingungen in der gesamten EU geltend zu machen.

Hindernisse wie Sprachbarrieren, Anwaltskosten und zeitaufwändige Zwischenverfahren sind beseitigt. Ein Zahlungsbefehl, der in einem EU-Mitgliedsland im Rahmen dieses Verfahrens erlassen wurde, ist in allen Mitgliedstaaten ohne weitere Formalitäten vollstreckbar. Und angesichts der Überfüllung in den Gefängnissen war es auch wichtig, dass der Senat mit dem Bau einer neuen Haftanstalt für Berlin im brandenburgischen Großbeeren begonnen hat, die zeitgemäße Lebens- und Arbeitsbedingungen zur Resozialisierung der Gefangenen schaffen wird.

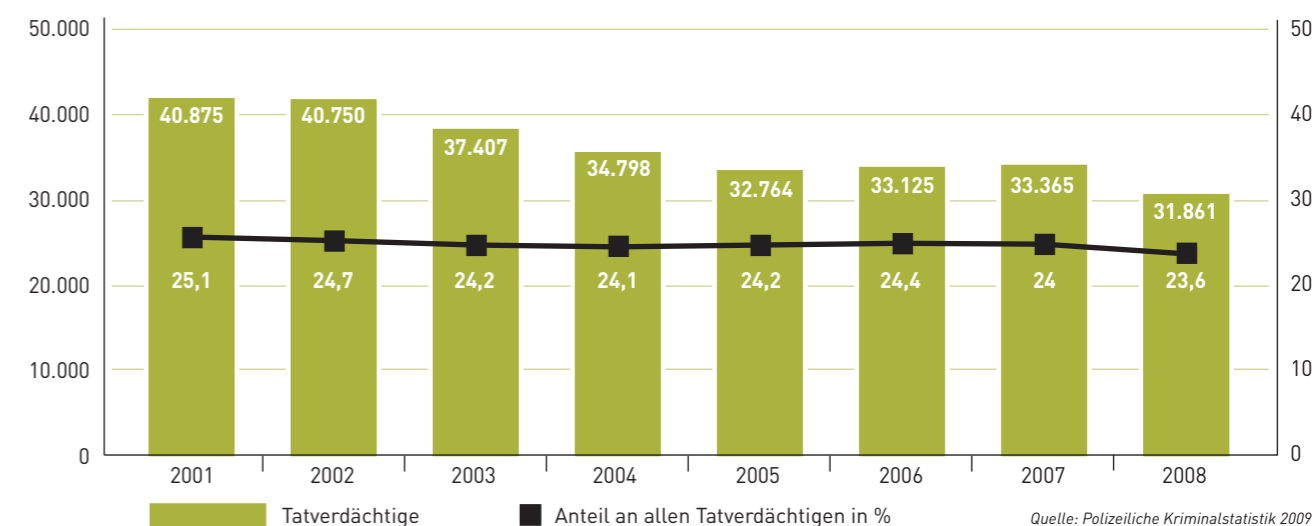
Energisch gegen Jugendkriminalität

Als Ergebnis der Arbeit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt haben die Behörden und Institutionen, die mit Jugendkriminalität befasst sind, ihre Zusammenarbeit intensiviert. Seit Juli 2008 kooperieren Staatsanwaltschaft und Familiengerichte eng, wenn es um nicht strafmündige Täter (unter 14 Jahren) geht oder eine Tat unter Einfluss von Drogen oder Alkohol begangen worden ist.

Intensivtäter: Schnelle Sanktionen

Die Staatsanwaltschaft hat die täterorientierte Strafverfolgung von Intensivtätern verstärkt. Wegen ihrer erfolgreichen Arbeit ist die Anzahl der Verurtei-

Jugenddelinquenz in Berlin seit 2001, Tatverdächtige von 8 bis unter 21 Jahren



lungen jugendlicher Intensivtäter deutlich angestiegen. Das Prinzip, dass für Intensivtäter stets derselbe Staatsanwalt zuständig ist und dass in einer „Täterakte“ alle wichtigen Informationen über die Person gesammelt werden, hat sich bewährt. Es hilft, dem Abdriften in kriminelle Karrieren entgegenzuwirken.

Neuköllner Modell

Der Senat hat das sogenannte „Neuköllner Modell“ auf die gesamte Polizeidirektion 5 ausgeweitet. Ziel ist es, speziell jungen Tätern klarzumachen, dass Jugendrichter umgehend auf Fehlverhalten reagieren, denn schnelle Sanktionen erhöhen die erzieherische Wirkung. Durch das beschleunigte und intensiviertere Zusammenwirken von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendrichtern/innen werden Verfahren im Idealfall schon innerhalb von zwei Wochen durch ein Urteil abgeschlossen.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist das Berliner Jugendstrafvollzugsgesetz, welches am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist. Es zeichnet sich durch die Verstärkung der erzieherischen und schulischen Angebote im Jugendstrafvollzug aus, um so die jungen Gefangenen zu einem Leben in sozialer Verantwortung und ohne Straftaten zu befähigen.

Kampf gegen häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt ist die häufigste Form von Gewalt gegen Frauen und Kinder weltweit und es gibt sie in allen sozialen Schichten. Jede vierte Frau

ist in Deutschland davon betroffen. Ziel des Berliner Senats ist es, den betroffenen Frauen und Kindern ein gewaltfreies Leben zu ermöglichen. Der Berliner Aktionsplan zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt hat dazu beigetragen, dass genauer hingesehen und dieses Thema ernst genommen wird. In Berlin gibt es sechs Frauenhäuser, fünf Beratungsstellen und 40 dezentrale Zufluchtwohnungen. Außerdem bietet die BIG-HOTLINE täglich von 9 bis 24 Uhr telefonische Hilfe, Beratung und Unterstützung an und vermittelt betroffenen Frauen und Kindern freie Plätze in den Frauenhäusern.

Videoüberwachung im Nahverkehr

Der Senat hat angeregt, die Videoüberwachung im öffentlichen Personennahverkehr auszuweiten. Da die von der BVG aufgezeichneten Videos und gespeicherten Bilder nur sinnvoll verwendet werden können, wenn es auch eine umgehende Auswertung gibt, wurde die Aufbewahrung auf 24 Stunden begrenzt. Eine „Scheinsicherheit“ um den Preis des Gefühls permanenter staatlicher Bewegungskontrolle wäre der falsche Weg. Und immer kommt es auch auf Zivilcourage und Besonnenheit der Bürgerinnen und Bürger an – etwa bei Straßengewalt. Eine flächendeckende, die Stadt überziehende Videoüberwachung, wie sie zum Beispiel unter dem Hinweis auf London immer wieder gefordert wird, lehnt der Senat ab.



Im Stadtbild präsent



Mobiles Polizeibüro

Weitere Informationen

Berliner Polizei: www.berlin.de/polizei

Senatsverwaltung für Finanzen: www.berlin.de/sen/finanzen



weltoffenes berlin

Vielfalt ist Stärke

April 2006
Start der Einbürgerungskampagne

November 2006
Völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen

Juli 2007
Integrationskonzept „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“

Januar 2008
Gründung des Berliner Ratschlages für Demokratie

Januar 2009
Auftakt zum Themenjahr 20 Jahre Mauerfall

6

Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen haben in Berlin ihre Heimat – und das ist gut so. Die Stadt pflegt kulturelle, politische und wirtschaftliche Beziehungen in alle Welt. Vielfalt und Internationalität, Weltoffenheit, Toleranz und Akzeptanz von Anderssein machen Berlin zu einer Metropole mit hoher Lebensqualität.

Ziel des Senats ist es, in dieser offenen deutschen Hauptstadt auch verstärkt Aufstieg durch Kreativität und Bildung zu ermöglichen. Aus der interkulturellen Begegnung und aus der Vielfalt Chancen für alle zu schaffen. Junge Menschen mehr als bisher auf ein Leben in kultureller Vielfalt vorzubereiten. Gleichbehandlung zu fördern, Diskriminierung zu begegnen und so auch die Möglichkeiten der Internationalisierung der Berliner Wirtschaft zu nutzen.

Internationalität ist Zukunft

Der Senat sieht in der Internationalität der Stadt ihre große Zukunftschance – zum Beispiel an den Hochschulen. Ziel ist es, junge Menschen aus aller Welt für ein Studium in Berlin zu begeistern und



Rütli-Schüler werben für Berlin



Chancen der Einwanderungsstadt

Mehr als 1,7 Millionen Menschen sind seit dem Mauerfall 1989 neu nach Berlin gezogen – das entspricht der Hälfte der Einwohnerzahl. Ständig kommen so neue Ideen und Talente in die Stadt, gleichzeitig wechseln Menschen nach Jahren in Berlin wieder in andere Regionen Deutschlands und der Welt. Häufig haben diese Wechsel mit Arbeits- oder Studienplätzen zu tun, oft aber haben sie auch familiäre Gründe. Neue Mitbürgerinnen und Mitbürger willkommen zu heißen und ihnen gegenüber keine Vorurteile zu haben, ist eine der Stärken von Berlin als lebendiger, weltoffener Metropole.

Vielfalt prägt den Berliner Alltag. Der Ausländeranteil liegt prozentual unter dem in vielen westdeutschen Städten. Aber schon heute stammen 40 Prozent der unter 18-Jährigen auch in Berlin aus Familien, die einst aus anderen Ländern zugewandert sind. Sie alle haben Begabungen, die für die Zukunft gebraucht werden.

zu einer der ersten Adressen für Talente und Spitzenforscher aus aller Welt zu werden. Und auch für die Berliner Wirtschaft bedeutet Internationalität Zukunft. Nur so kann der Wirtschaftsstandort an dem Imageschub teilhaben, den Berlin zuletzt weltweit erlebt hat. Die deutsche Hauptstadt, mitten in Europa gelegen, als weltoffene Metropole mit Geschäftsverbindungen in alle Himmelsrichtungen: Die unverwechselbaren Vorzüge dieses Standortes liegen auf der Hand.

Immer neue Gästerekorde

Berlin zählt mit fast 18 Millionen Übernachtungen jährlich zu den drei meistbesuchten Metropolen Europas und ist damit eines der beliebtesten touristischen Ziele – mit seit Jahren weit überdurchschnittlichen Wachstumsraten. Als internationaler Messe- und Kongressplatz ist Berlin weltweit anerkannt. Solche Potenziale werden angesichts der Wirtschaftskrise doppelt wichtig, selbst falls es zu vorübergehenden Einbrüchen kommt.

Der Senat fördert diese Internationalität mit dem vierteljährlich tagenden Runden Tisch Tourismus, mit dem Ausbau der Messe, mit einer international ausgerichteten Ansiedlungspolitik, gezielter Förderung der Außenwirtschaft auf den Schlüssel-

märkten der Welt und durch die weltweite Präsentation der Stadt.

Und auch das ist Standortpolitik mit Blick auf das Besondere einer Metropole: Berlin war Vorreiter bei der Lockerung des einst strikten Ladenschlussgesetzes, Berlin bietet rund um die Uhr öffentlichen Nahverkehr an. Die Stadt ist ständig in Bewegung.

Berlin in Europa

Als deutsche Hauptstadt ist Berlin immer wieder Schauplatz wichtiger europäischer Ereignisse, wie etwa des zentralen Festaktes der europäischen Staats- und Regierungschefs zur 50-Jahr-Feier der Europäischen Union im März 2007. Gleichzeitig gewinnt die europäische Rechtsetzung an Bedeutung auch für Berlin. Der Senat nutzt seine Mitwirkungsmöglichkeiten, setzt sich für ein soziales Europa ein und hat die Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarregionen im Rahmen der Oder-Partnerschaft verstärkt. Aber die Vorteile der EU zeigen sich auch materiell in Berlin: 1,2 Milliarden Euro an EU-Mitteln fließen allein in der Förderperiode 2007 bis 2013 nach Berlin. Der Senat fördert die Information über dieses EU-Engagement und den Erfahrungsaustausch zwischen Berlin und Brüssel, nicht zuletzt durch das Berliner Büro in Brüssel. Die Erfahrungen seit dem Beitritt Polens zum Schengen-Verbund (Abschaffung der Grenzkontrollen) Anfang 2008 zeigen: Der ungehinderte Verkehr zum Nachbarland Polen ist für beide Seiten ein großer Gewinn. Berlin profitiert davon auch als Wirtschaftsstandort.

Weltweit vernetzt

Angesichts der zunehmenden Bedeutung großer Städte für die globale Entwicklung engagiert sich Berlin in zahlreichen europäischen und weltweiten Netzwerken sowie in der Kooperation mit seinen 17 Partnerstädten. Als erste Hauptstadt weltweit ist Berlin dem Global Compact of the United Nations beigetreten. Berlin pflegt die Kooperation mit anderen UNESCO-„Cities of Design“, um die weltweite Vernetzung der Kreativwirtschaft zu fördern. Berlin ist 2007 als erstes Bundesland der „Charta der Vielfalt“ beigetreten. Mit mehreren Partnerstädten engagiert sich Berlin in Netzwerken internationaler Metropolen für mehr Klimaschutz.

Schlüsselthema Sprache

Ziel des Senats ist es, dass alle in der Stadt lebenden Kinder und Jugendlichen, gleich welcher Herkunft, ihre Begabungen und Talente entfalten können. Dass sie zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern Berlins heranwachsen und die Chance haben, sich und ihre Fähigkeiten in Kultur, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft einzubringen. Der Schlüssel hierfür sind der frühe Erwerb der Sprache und eine erfolgreiche Bildungslaufbahn.

Der Senat fördert das in Kitas und Grundschulen, auch durch flächendeckende Sprachtests und sich bei Bedarf anschließende Sprachförderung. Hinzu kommt – neben einem einzigartig vielfältigen Fremdsprachenangebot an den Berliner Schulen – eine gezielte Förderung der Sprachkompetenz in den Familien. Denn Mehrsprachigkeit und die Kenntnis unterschiedlicher Kulturen sind im globalen Zeitalter von großem Vorteil.

Moderne Integrationspolitik

Der Senat sieht im Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit einen großen Integrationsschritt und setzt deshalb die im Januar 2006 gestartete Einbürgerungskampagne unter dem Titel „Du PASSt zu mir“ fort. Sie soll die Einbürgerungsverfahren beschleunigen und wirbt bei Zuwanderern für die Vorteile der deutschen Staatsbürgerschaft. Das Ergebnis der Kampagne ist positiv: Während die Zahl der Einbürgerungen bundesweit zwischen den Jahren 2000 und 2007 um 40 Prozent zurückging, erhielten 2007 in Berlin 20 Prozent mehr Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit als sieben Jahre zuvor.

„Berlin braucht Dich“: Mit diesem Programm wirbt der Senat bei jungen Migrantinnen und Migranten dafür, sich bei öffentlichen Institutionen wie Polizei und Feuerwehr um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bewerben. Ziel der interkulturellen Öffnung der Verwaltung ist es, den Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Zuwanderungsfamilien zu erhöhen. Die Vielfalt der Stadt soll sich mittelfristig in der Zusammensetzung des Verwaltungspersonals widerspiegeln und jungen Menschen jedweder Herkunft berufliche Chancen öffnen, auch und gerade im öffentlichen Dienst.

Impulse auf Bundesebene

Berlin setzt sich auf Bundesebene für die doppelte Staatsbürgerschaft und gegen die Optionspflicht für junge Erwachsene ein. Junge Berlinerinnen und Berliner sollen nicht mit Erreichen der Volljährigkeit gezwungen werden, sich zwischen der deutschen und der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern zu entscheiden. Auf Initiative Berlins haben die Innenminister der Länder im November 2006 eine Bleiberechtsregelung für seit mehreren Jahren im Bundesgebiet lebende Asylbewerber und geduldete Ausländer beschlossen, die schließlich durch eine gesetzliche Bleiberechtsregelung Ende August 2007 abgelöst wurde.

Integration durch Engagement

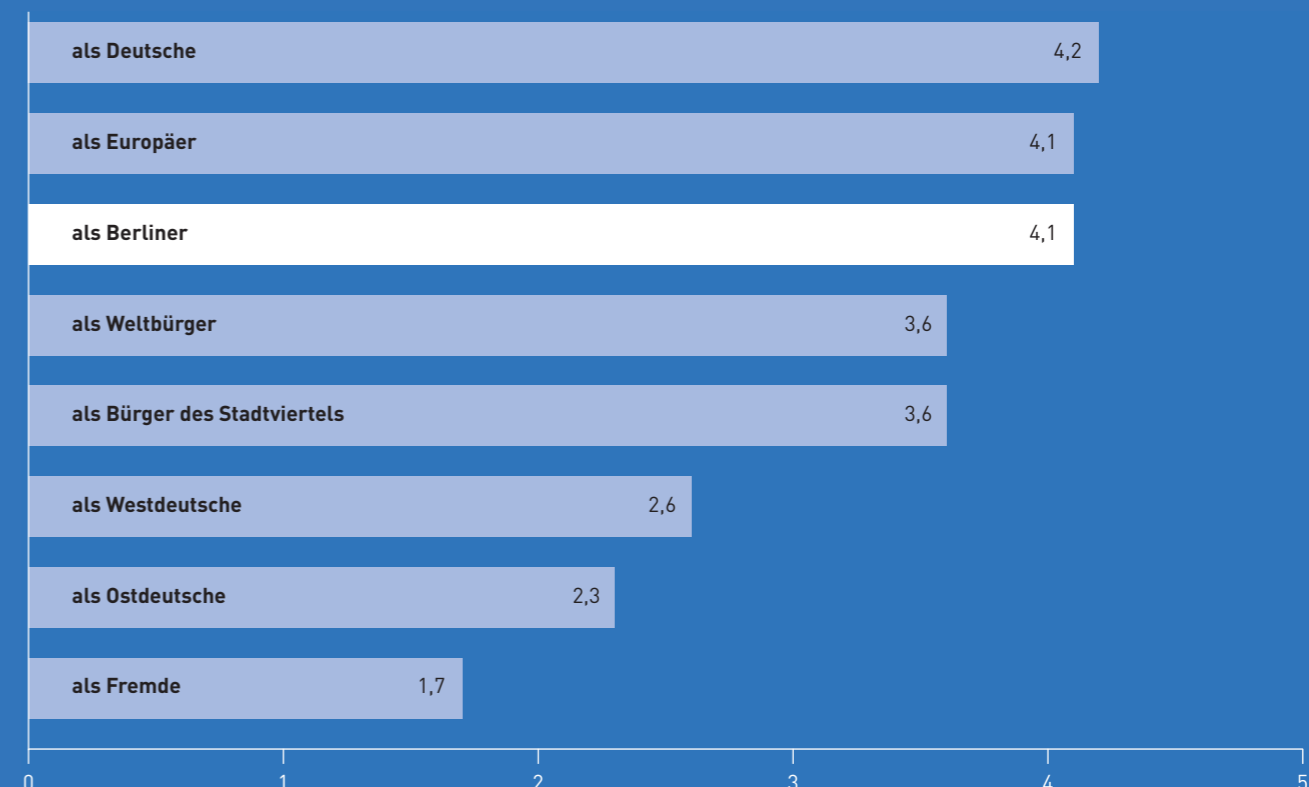
Der Senat unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen zur Integration. So wurde die Bürgerbeteiligung in der Nachbarschaft im Rahmen des Quar-

tiersmanagements ausgebaut. Ein anderer Weg sind die vom Senat geförderten „Tandemprojekte“, bei denen Einrichtungen im Stadtteil mit einer Organisation der Migrantenselbsthilfe kooperieren. Der Senat stellt für dieses Programm jeweils 500.000 Euro in den Jahren 2008 und 2009 zur Verfügung.

Zentral für das friedliche Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft bleibt angesichts der religiösen Vielfalt der gegenseitige Respekt vor dem Glauben und der Weltanschauung des anderen. Der Senat hat mit dem Berliner Islamforum einen Ort der Begegnung und des offenen Austauschs zwischen den Vertretungen der islamischen Organisationen und der Berliner Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft geschaffen.

Identitäten in Berlin: deutsch, europäisch, berlinerisch

Als was sich die Berliner fühlen (Berlin: Bevölkerung ab 14 Jahren, Mittelwerte)



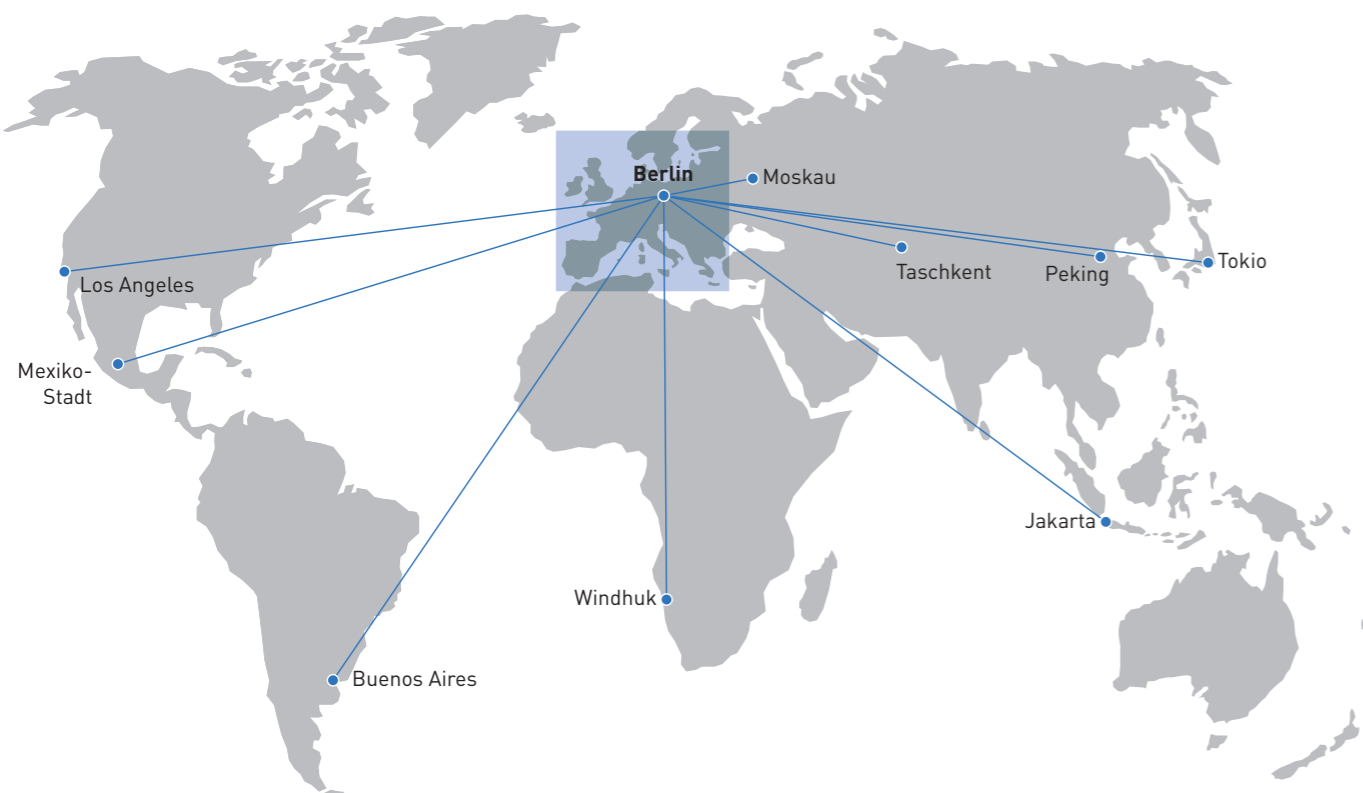
Quelle: TNS Infratest Sozialforschung 2008, Hertie Berlin Studie

Keine Diskriminierung

Um die Vielfalt der Kulturen, Lebensformen und -weisen gegen Diskriminierungen jeder Art zu schützen, hat der Senat 2007 eine Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung eingerichtet. Sie ist neben jener in Brandenburg die einzige bundesweit auf ministerieller Ebene und

koordiniert auf der Basis des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) die Antidiskriminierungsarbeit des Senats. Zu ihren Aufgaben gehört es, die Berlinerinnen und Berliner besser über ihre Rechte aufzuklären und ihnen Mut zu machen, sich gegen Diskriminierungen zu wehren.

Partnerstädte des Landes Berlin



Stadt	Partnerstadt seit
Los Angeles	27. Juni 1967
Paris	02. Juli 1987
Madrid	04. November 1988
Istanbul	17. November 1989
Moskau	12. November 1990
Warschau	12. August 1991
Budapest	14. Dezember 1991
Brüssel	01. Juni 1992
Jakarta	22. April 1993
Taschkent	30. April 1993
Mexiko-Stadt	01. September 1993
Peking	05. April 1994
Tokio	14. Mai 1994
Buenos Aires	19. Mai 1994
Prag	10. Juni 1995
Windhuk	06. Juli 2000
London	10. Oktober 2000



Quelle: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, 2009

Landesprogramm gegen Rechtsextreme

Der Senat hat die Mittel für das Landesprogramm zur Stärkung der demokratischen Strukturen von 1,2 Millionen in den Jahren 2005 bis 2007 auf 1,87 Millionen Euro im Jahr 2008 und 1,97 Millionen im Jahr 2009 aufgestockt. Damit finanziert er unter anderem ein dichtes Netzwerk von Beratung und

Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Mit dem im Januar 2008 neu eingerichteten Berliner Ratschlag für Demokratie entstand ein breites Bürger-Bündnis, das für Demokratie, Vielfalt und Respekt als Ausdruck einer demokratischen Stadtkultur wirbt. Auf der Bundesebene setzt sich Berlin seit Jahren für ein erneutes Verbotverfahren gegen die NPD ein.



Barack Obama in Berlin, 24. Juli 2008

Weitere Informationen

- Beauftragter für Integration und Migration: www.berlin.de/lb/intmig/index.html
- Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung: www.berlin.de/lb/ads
- Städtepartnerschaften: www.berlin.de/rbmskzl/staedteverbindungen/index.de.html
- Städtenetzwerk Metropolis: www.metropolis.org

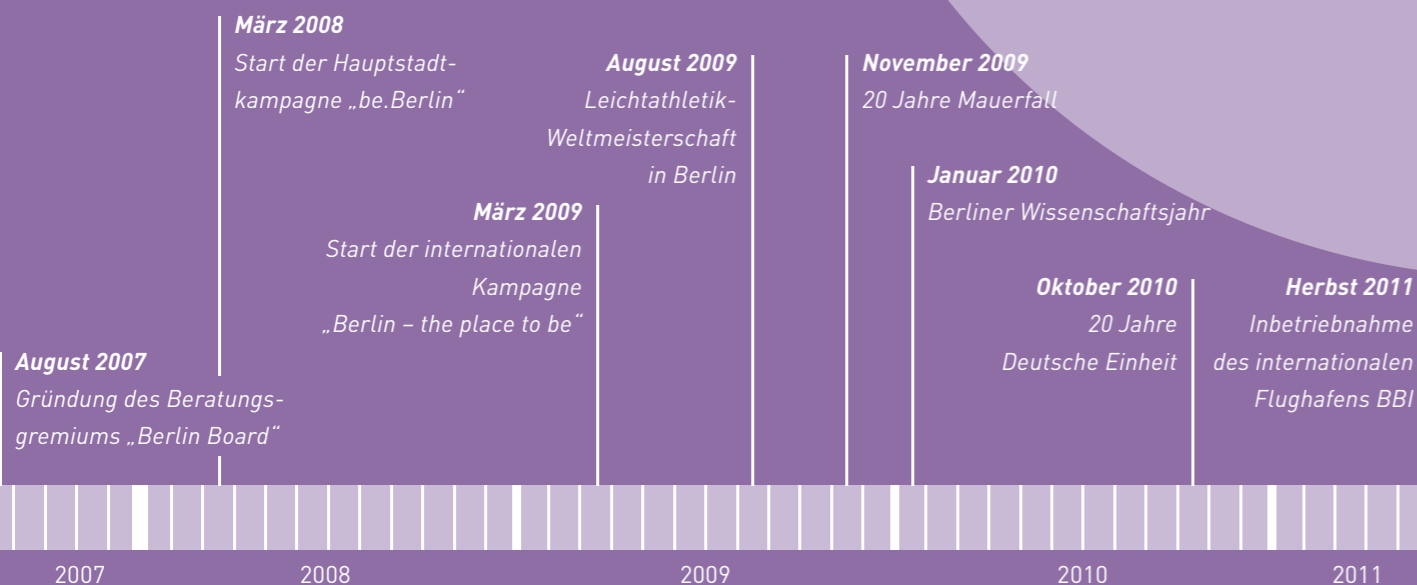
Barack Obama über Berlin in seiner Rede am 24. Juli 2008 in Berlin

» Diese Stadt kennt von allen Städten den Traum von der Freiheit am besten.



zukünftiges berlin

*Dynamisch und
menschlich*



Berlin gilt international wieder als das Tor nach Deutschland. Als historischer, aber vor allem als zukunftsorientierter Ort, an dem es lohnt, zu leben und zu arbeiten. Berlin ist zurück auf der Landkarte der modernen Industrie. Berlin wird mit konsequenter Reformpolitik zur Bildungs- und Wissenschaftsmetropole. Mit der Eröffnung des internationalen Flughafens BBI im Jahr 2011 wird es einen weiteren Entwicklungsschub geben. Das alles zeigt: Berlin ist auf einem spannenden Weg.

Der Senat wird alles daransetzen, das Profil der Stadt als eine Metropole der Kreativen weiter zu stärken. Und es kommt darauf an, dass die Stadt ihre Welt-offenheit zeigt. Dass sie sozial und menschlich bleibt. Umweltbewusst und tolerant. Geschichtsbewusst und anspruchsvoll. Daraus ergibt sich das Leitbild von Berlin als zukunftsgerichtete deutsche Hauptstadt im Zentrum Europas.

7

Adressen mit Perspektive

Das Humboldt-Forum am Ort des ehemaligen Stadtschlusses, das Areal rund um den neuen Hauptbahnhof, die letzten Brachflächen in der Nähe des Potsdamer Platzes, die „Media-Spree“ entlang des Flusses östlich der Innenstadt – aber auch die riesigen stadtnahen Entwicklungsgebiete auf den ehemaligen Flughafenflächen Tempelhof und später Tegel: Keine Metropole der Welt kann so umfassende Gestaltungschancen und so große freie Räume bieten. Hier wird in den kommenden Jahren die Entwicklung der Stadt sichtbar werden. Gleichzeitig startet in Berlin ab 2009 im Rahmen des Konjunkturprogramms von Bund und Land die Investitionsoffensive in die Gebäudesubstanz – mit insgesamt 632 Millionen Euro für knapp 800 Einzelmaßnahmen von den Schulen über die Kindertagesstätten bis hin zu den öffentlichen Gebäuden. Das bedeutet: nachhaltige Verbesserungen für die Menschen – und Aufträge für die Berliner Bauwirtschaft.

Internationale Bauausstellung und Gartenschau: Das sind zwei der Zukunftsideen für Tempelhof. Die Region rund um den neuen Hauptbahnhof wird in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden. Die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 ist erneut ein sportliches Weltereignis in Berlin – und auch danach wird das Olympiastadion ein international beachteter Veranstaltungsort bleiben. Zum Beispiel mit dem Eröffnungsspiel der Fußball-WM der Frauen 2011. Die Feiern zum 20. Jahrestag des Mauerfalls 2009 und zu 20 Jahren Deutsche Einheit 2010 werden weltweit Aufmerksamkeit auf Berlin lenken – die Stadt des Wandels.

Hauptstadt Berlin

Die Bedingungen sind aber auch aus anderen Gründen gut: Qualifizierte Arbeitskräfte? Berlin mit seiner vielfältigen Hochschullandschaft hat sie. Lebensqualität? Berlin ist eine grüne Stadt, das Umland hat hohen Erholungswert, Qualität und Vielfalt der Kultureinrichtungen haben europäisches Top-Niveau. Der Senat zielt darauf ab, diese Vorteile Berlins noch bewusster zu machen – am „place to be“. An dem Ort, an dem man ganz einfach sein muss.

Als vor zehn Jahren die Bundesregierung nach Berlin umzog, hatte es auch skeptische Stimmen und Widerstände gegeben. Diese Phase ist längst vorbei. Und die Hauptstadt Berlin wird immer attraktiver. Zu ihrer weltweiten Faszination trägt bei, dass die historischen Umbrüche nach wie vor städtebaulich sichtbar sind. Dass in dieser Stadt würdevolles historisches Erinnern in einem Klima von Liberalität und Toleranz geschieht. Dass Berlin heute Hauptstadt in einem föderalen Staat ist, in dem die anderen deutschen Großstädte ihr eigenes Profil behalten und gleichfalls weiterentwickeln.

Die nächsten Schritte

Der Senat arbeitet gemeinsam mit allen wichtigen Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft daran, Berlin als Standort moderner Technologie und Forschung auszubauen. Im Mittelpunkt steht dabei der weitere Ausbau der Stärken auf den technologischen Kompetenzfeldern sowie im Bereich der Spitzenforschung durch die Einstein-Stiftung Berlin. Eine große Chance, Berlins Stärken international zu präsentieren, bietet das Wissenschaftsjahr 2010, in dem Berlin 200 Jahre Humboldt-Universität,

Klaus Wowereit im April 2007 zum demografischen Wandel

» Berlin sollte den Anspruch haben, eine Stadt für alle Generationen zu sein. Eine Stadt, in der alle Generationen friedlich miteinander Tür an Tür wohnen, wo sie füreinander einstehen und die für Junge genauso attraktiv ist wie für Ältere.

das 300-jährige Bestehen der Charité – des größten Universitätsklinikums Europas – sowie 350 Jahre Staatsbibliothek und 100 Jahre Max-Planck-Gesellschaft feiert. Zudem wurde im Jahr 1710 das erste Statut der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften erlassen.

Historische Mitte

Auch der Bau des Humboldt-Forums auf dem Schlossplatz beginnt 2010. Mit der Museumsinsel und dem Humboldt-Forum entsteht ein weltweit einmaliges Ensemble, das die europäischen und außereuropäischen Kulturen in einen lebendigen und zukunftsweisenden Dialog bringt. Kunst, Kultur und Wissensvermittlung werden das Zentrum Berlins im Zeitalter wachsender Globalisierung prägen. Berlin wird sich am Bau dieses kulturellen Großprojekts der Bundesrepublik in ihrer Hauptstadt mit über 30 Millionen Euro beteiligen und seine Partner – die Humboldt-Universität und die Berliner Landesbibliothek – einbringen.

Technologie, Talente, Toleranz

Längst ist zu spüren, wie sehr der neue internationale Flughafen zum Wirtschaftsmagnet werden wird. Zukunftssichere Arbeitsplätze im Hochtechnologiebereich, in der neuen wissenschaftsorientierten Industrie, in den kreativen Branchen sowie im Bereich der Dienstleistungen, insbesondere des Tourismus, eröffnen vielen Berlinerinnen und Berlinern neue Chancen. In Zeiten der Wirtschaftskrise gilt es, den eingeschlagenen Weg der Innovationen und des sozialen Ausgleichs auch unter schwierigeren Rahmenbedingungen weiterzugehen.

Attraktivität für die „Kreative Klasse“ setzt voraus, dass sich die Stadt langfristig als innovativer Technologiestandort etabliert, ein Magnet für Talente aus aller Welt ist und tolerante Weltoffenheit gegenüber Menschen unterschiedlicher Herkunft,

Kultur und Lebensweise ausstrahlt. Berlin kann so zum Modell einer Metropole werden, die dreierlei ist: Kraftzentrum einer neuen, wissenschaftsorientierten Wirtschaft, Zentrum politischer Verantwortung in der Mitte Europas und Vorbild einer sozialen Stadtentwicklung.

Ort der Begegnung

Politik braucht Beratung und Austausch mit Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Berlin als Zentrale der Entscheider und der Kreativen aus all diesen Bereichen bietet sich für neue Formen des Austauschs und der Begegnung geradezu an. Der Senat nutzt diese Chance. Seit 2007 sucht die Berliner Landesregierung im Berlin-Board regelmäßig das Gespräch mit erfahrenen Vertretern der Wirtschaft, der Publizistik und der Stadtforschung. Berlin hat sich zu einer international wahrgenommenen Marke entwickelt. Die ehemals geteilte Stadt bietet die Chance zur Begegnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Kultur und Politik.

Sei Berlin

Die auf mehrere Jahre angelegte Hauptstadtkampagne *be.Berlin* wurde im Frühjahr 2008 gestartet. Im ersten Jahr ging es vor allem darum, im Innern der Stadt Selbstbewusstsein und Stolz auf die Berliner Erfolge zu stärken. Im Mittelpunkt stehen die Berlinerinnen und Berliner, die dazu eingeladen waren, ihre persönlichen Erfolgsgeschichten aufzuschreiben. Sie sind im besten Sinne die Botschafter ihrer Stadt. Sei Berlin: Das bedeutet, dass jeder und jede selbst diese Stadt repräsentiert, dass die Stadt von den Erfolgen ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt – und sie auffordert, sich einzubringen.

Die internationale Präsentation Berlins im Rahmen der Hauptstadtkampagne wurde im März 2009 gestartet. Die zentrale Botschaft lautet: Berlin ist der „place to be“. Unternehmen, Kulturschaffen-

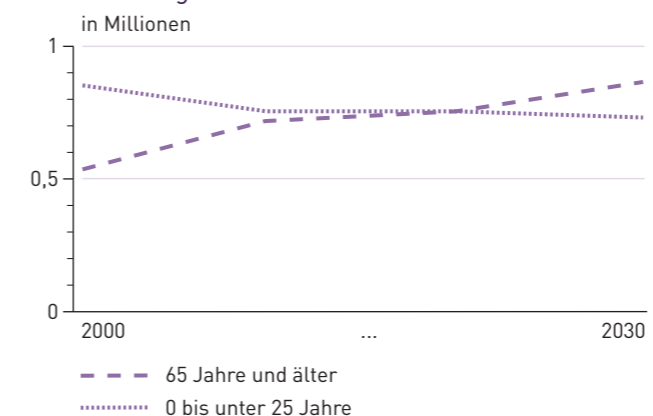
de und Wissenschaftler aus aller Welt werden eingeladen, nach Berlin zu kommen, die Stadt als modernen Standort mitzugestalten und die Freiräume zu nutzen, die ihnen Berlin bietet.

Vielfalt ist Stärke

Zentral bleibt die Förderung der Kreativwirtschaft, der Medien und des Films mit einer Reihe bedeutender jährlicher internationaler Großereignisse und den zahlreichen Modemesen. Die Hauptstadt wird auch künftig der ideale Landeplatz für Ideen sein – mit einigen schon jetzt vorbereiteten Projekten auf dem bisherigen Flughafen Tempelhof, wie einer internationalen Bauausstellung und einer Gartenschau, sowie auf den vielen anderen freien Räumen im Zentrum der Stadt.

Die Stärkung der Solidarität in der Stadt, damit niemand zurückbleiben muss, die konsequente Ächtung von Ausgrenzung und Gewalt, die Einbeziehung von Menschen unterschiedlichster Herkunft, Kultur und Lebensweise sowie eine Willkommenskultur gegenüber jenen, die auch in Zukunft nach Berlin kommen: Darum geht es.

Bevölkerungsentwicklung und -prognose Demografischer Wandel



Herausforderungen annehmen

Zu den großen Herausforderungen zählen neben der Bewältigung der Krise der Weltwirtschaft die Veränderung des Bevölkerungsaufbaus und der



Berlin 2009: Die Modemesse Bread&Butter kommt zurück

Klimawandel. Der demografische Wandel führt in eine Zukunft, in der die Älteren einen deutlich höheren Anteil an der Stadtbevölkerung haben werden. Der Klimawandel verlangt Großstädten weltweit besondere Anstrengungen ab. Sie sind die Hauptverursacher des gestiegenen CO₂-Ausstoßes. Zugleich verfügen sie über das Wissen, um den Wandel hin zu einer klimafreundlichen und ressourcenschonenden Wirtschaftsweise entschlossen und erfolgreich anzugehen. Dies gilt in besonderer Weise für Berlin mit einer Vielzahl von einschlägigen Forschungseinrichtungen und erfolgreichen Unternehmen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien.

Es geht um alle

Die Chancen der Stadt entschlossen zu nutzen, ist eine ambitionierte Aufgabe, für die immer wieder eine große gemeinsame Anstrengung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nötig ist – aber auch viel bürgerschaftliches Engagement der Berlinerinnen und Berliner. Es geht um alle, nicht nur um einzelne Gruppen. Zu oft werden in der Öffentlichkeit Einzelthemen nur stark unter dem Blickwinkel spezieller Interessensgruppen diskutiert. Die solidarische Stadt muss nach innen und nach außen Brücken bauen.

Berlin, wo friedliche Revolution, deutsche Vereinigung und Ende der Spaltung Europas binnen zwei Jahrzehnten zu massiven Umbrüchen und zu riesigen Chancen führten, ist da auf einem richtigen Weg. Die Erfolge der vergangenen Jahre ermutigen zum gemeinsamen Vorgehen. Berlin steckt voller Energie.

Weitere Informationen

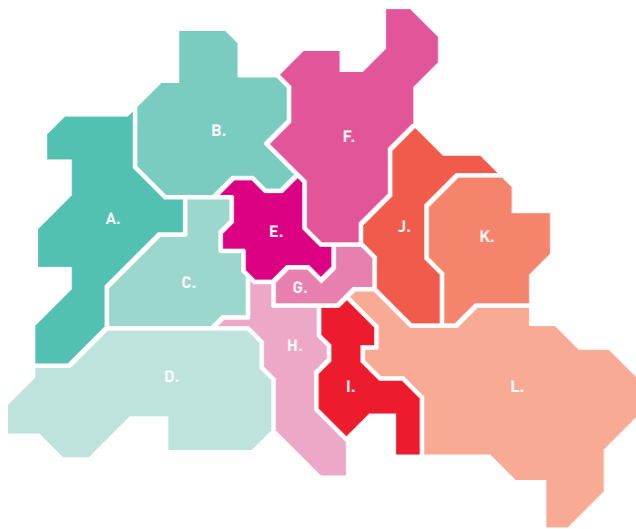
Hauptstadtkampagne *be Berlin*: www.sei.berlin.de

Hauptstadtflughafen BBI: www.berlin-airport.de/DE/BBI/index.html

Humboldt-Forum: www.humboldt-forum.de

Bezirke

Seit 2001 gliedert sich die Einheitsgemeinde Berlin in zwölf Bezirke. Als Teil der zweistufigen Verwaltung sind die Bezirke für die örtlichen und nicht gesamtstädtischen Verwaltungsaufgaben zuständig. Die Bezirksverwaltung besteht aus der vom Volk gewählten Bezirksverordnetenversammlung (BVV)



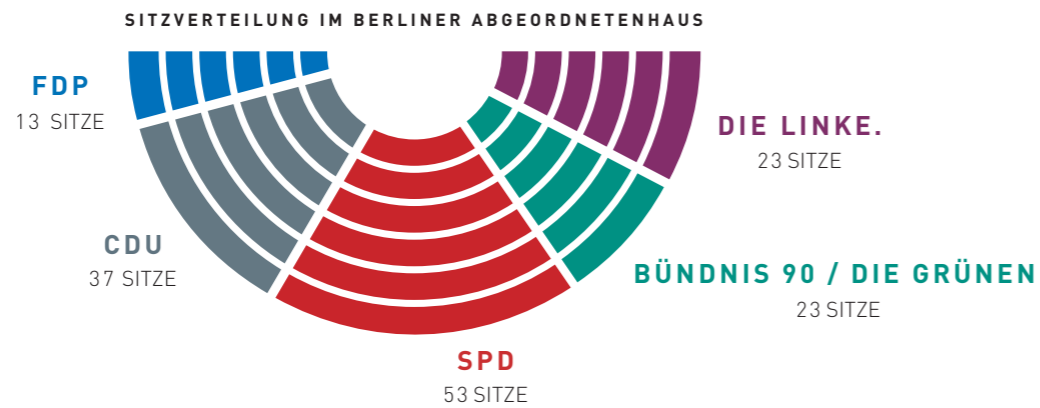
A. Spandau	223.652
B. Reinickendorf	241.734
C. Charlottenburg-Wilmersdorf	316.887
D. Steglitz-Zehlendorf	290.305
E. Mitte	328.428
F. Pankow	363.601
G. Friedrichshain-Kreuzberg	267.919
H. Tempelhof-Schöneberg	331.790
I. Neukölln	306.713
J. Lichtenberg	258.098
K. Marzahn-Hellersdorf	249.351
L. Treptow-Köpenick	237.777
Einwohnerzahl (insgesamt)	3.416.255

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Stand 2008

Abgeordnetenhaus

Das Abgeordnetenhaus wählt den Regierenden Bürgermeister, der die weiteren Senatsmitglieder ernannt. Neben der Gesetzgebung ist eine weitere wesentliche Aufgabe des Parlaments die Kontrolle

der Landesregierung und der ihr nachgeordneten Verwaltung. Das wichtigste und höchste Recht ist dabei die Bewilligung und Kontrolle des Landeshaushalts. Zur Erfüllung der Aufgaben bildet das Plenum einzelne Fachausschüsse.



Stand März 2009



Klaus Wowereit (SPD)
geboren 1953
Regierender Bürgermeister von Berlin



Harald Wolf (DIE LINKE)
geboren 1956
Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen



Ingeborg Junge-Reyer (SPD)
geboren 1946
Bürgermeisterin und Senatorin für Stadtentwicklung



Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner (SPD)
geboren 1945
Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung



Dr. Thilo Sarrazin (SPD)
geboren 1945
Senator für Finanzen (bis 30. April 2009)



Ulrich Nußbaum (parteilos)
geboren 1957
Senator für Finanzen (ab 01. Mai 2009)



Dr. Heidi Knake-Werner (DIE LINKE)
geboren 1943
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



Dr. Ehrhart Körting (SPD)
geboren 1942
Senator für Inneres und Sport



Katrin Lompscher (DIE LINKE)
geboren 1962
Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz



Gisela von der Aue (SPD)
geboren 1949
Senatorin für Justiz

Impressum

Herausgeber:

© April 2009 Presse- und Informationsamt
des Landes Berlin

Berliner Rathaus
Jüdenstraße 1
D-10178 Berlin
presse-information@senatskanzlei.berlin.de
www.berlin.de

Redaktion:

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Gestaltung:

Atelier Hauer+Dörfler, Berlin

Druck:

Druckerei H. Heenemann, Berlin

Fotos:

ullstein bild: 1 | Shutterstock: 2, 16, 36 | picture-
alliance/dpa: 3, 13, 20, 41, 47 (1) | Staatsballett
Berlin, Sandra Hastenteufel: 4 | Pressestelle BA
Pankow/ Tobias Schietzelt: 6 (2) | Senatsverwaltung
für Wirtschaft, Technologie und Frauen: 6 (3) | Ber-
liner Flughäfen/M. Schmieding, A. Obst: 7 | Berlin
Partner GmbH/FritschFoto: 9, 30 | Berlin Partner
GmbH/FTB-Werbefotografie: 6 (1), 13 (1), 21 | Ber-
lin Partner GmbH/Scholvien: 10, 14, 19 (2,3), 21 |
BVG, Donath: 22 | Land Berlin/Thie: 23 | Günter
Schneider: 24 | Landesarchiv Berlin: 11, 28, 47 (2,
7, 10) | Berlinale: 26 | Berliner Philharmoniker/
Monika Rittershaus: 29 | Der Polizeipräsident in
Berlin: 33, 34 (1, 2) | Senatsverwaltung für Bildung,
Wissenschaft und Forschung: 15 (1,2), 47 (4) | Berlin
Partner GmbH: 37 | Berlin Partner GmbH/Sabine
Wenzel: 42 | Bread&Butter: 45 | Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung: 47 (3) | Berliner Immobilien-
management: 47 (5) | Nußbaum/privat: 47 (6) | Se-
natsverwaltung für Inneres und Sport: 47 (8) | Arlett
Mattescheck: 47 (9)

In der Internetfassung der Broschüre finden Sie
zahlreiche weiterführende Links zu den einzelnen
Themenbereichen: www.berlin.de/senatsbilanz

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Landes Berlin. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt
und darf nicht zur Werbung für politische Parteien
verwendet werden.



Diese Broschüre wurde nach den aktuell moderns-
ten Umweltrichtlinien klimaneutral produziert.

Klimaneutralität bedeutet den Ausgleich von entstan-
denen Emissionen, also die Neutralisierung durch
die Einsparung der gleichen Menge an anderer Stel-
le. Dies ist möglich, da Treibhausgase eine globale
Schädigungswirkung haben. Für den Klimaschutz ist
es daher irrelevant, an welchem Ort Emissionen ent-
stehen und an welchem Ort sie vermieden werden.
Das bedeutet: Emissionen von Treibhausgasen an Ort
A können durch zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen
an Ort B neutralisiert werden. Konkret heißt das: die
bei der Broschürenproduktion entstandenen unver-
meidbaren Treibhausgasemissionen wurden ermit-
telt und durch entsprechende Investitionen in ein an-
erkanntes Klimaschutzprojekt ausgeglichen.